

Zwischen »Nachrüstung« und »Modernisierung«

Ein Jahrzehnt gemeinsame Friedensarbeit in Augsburg



Augsburger Friedensinitiative (AFI)

V.i.S.d.Pr.: J. Gester, Schloßlestraße 25, 8900 Augsburg 22

Preis: DM 3,-

Vorwort

Die AFI feiert heuer ein Jubiläum. Wir führen zum 10. Mal Friedenswochen in Augsburg durch. Wir freuen uns, daß wir damit so etwas wie eine feste Einrichtung geschaffen haben, in der wir ein Stück kritische Gegenöffentlichkeit schaffen wollen.

10 Jahre gemeinsame Arbeit ist für eine politische Bewegung ein langer Zeitraum. Nur wenige von uns waren da von Anfang an dabei und die meisten, die unsere Arbeit lange unterstützt haben, haben die Friedensbewegung nur bei ihren großen Aktionen beschnuppern können. Wir möchten deshalb mit diesem Heft den Versuch machen, Bilanz zu ziehen. Wo steht die Friedensbewegung 10 Jahre nach dem Nachrüstungsbeschluß? Was haben wir erreicht und was nicht? Was waren die wichtigsten Aktionen? Was lief in Augsburg? Wer ist eigentlich die Augsburger Friedensinitiative? Wie kam es dazu? Was haben wir gelernt?

Wir würden uns freuen, wenn dieser Versuch dazu führt, daß sich die/der eine oder andere dazu entschließt, unsere Arbeit in einer unserer Friedensgruppen zu unterstützen. Um hier die Möglichkeit zu einer Orientierung zu geben, werden die wichtigsten Organisationen am Schluß vorgestellt.

Dieser Heft wurde durch den Arbeitsausschuß der AFI kollektiv erstellt. Der Ausschuß trägt auch die Verantwortung für den Inhalt.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

Augsburg, 16.10.1989

Inhalt

Zwischen "Modernisierung und "Modernisierung"	Seite 2 - 11
Chronologie bundesweiter Friedensaktionen der 80er Jahre	Seite 12 - 14
Kommunale Friedensarbeit	Seite 15 - 18
Ostermarsch im Rückblick	Seite 19 - 20
Augsburger Ostermärsche von 1982-89	Seite 21 - 25
Von der Initiative Augsburger Friedenswochen zur Augsburger Friedensinitiative	Seite 25 - 28
10 Jahre Friedenswochen in Augsburg	Seite 29 - 30
Organisationen der AFI stellen sich vor	Seite 31 - 46

Die Augsburger Friedensinitiative trifft sich jeden ersten Montag des Monats um 20 Uhr im Bürgerzentrum Kreflesmühle

Zwischen "Nachrüstung" und "Modernisierung"

Der 11. Dezember 1979 und seine Folgen

Am 11. Dezember jährt sich zum 10. Mal der Tag, an dem die Außenminister der NATO den Beschluß faßten, die Bundesrepublik mit modernsten Atomraketen zu bestücken. Marschflugkörper, die das gegnerische Radar unterfliegen und ballistische Geschosse mit einer Flugzeit von kaum mehr als 10 Minuten bis Moskau, verbunden mit einer Treffgenauigkeit von kaum mehr als 30 m. Solche Bedrohung hätte die Sowjetunion dazu verleiten können, diese Waffen in einer ernstesten Krisensituation entweder vor ihrem Einsatz zu zerstören oder mit automatisiertem Gegenbeschuß zu beantworten. Der Beschluß wurde der Öffentlichkeit analog zu allen vorherigen Aufrüstungsmaßnahmen als Antwort auf Rüstungen der Sowjetunion verkauft. Das Wunschkind erhielt den Namen "Nachrüstung". Doch es geschah etwas Unerwartetes. Gegen einen breiten parlamentarischen Konsens für Stationierung gelang die Organisierung einer außerparlamentarischen Protestbewegung. Sie brachte die größten Massendemonstrationen in der Geschichte der Republik auf die Straße.

INF-Vertrag und Gorbibesuch - Ende des "Kalten Krieges" ?

Im folgenden gelang es zwar der Regierung Kohl die Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzuziehen, doch wurden die Waffen der sog "Nachrüstung" am Schluß doch durch das INF- Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Demontage freigegeben. Danach wurde unter großer öffentlicher Anteilnahme der sowjetische Generalsekretär in der Bundesrepublik empfangen. In großen Worten wurde der "Kalte Krieg" für beendet erklärt. Ein neues Kapitel freundschaftlicher Zusammenarbeit solle an die Stelle des Rüstungswettlaufs treten.

Europa - ein riesiges Heerlager und Waffenarsenal

In der Tat: Der "Kalte Krieg" hat Europa in ein riesiges Militärlager und Waffenarse-

nal verwandelt. Der Großteil der 50 000 atomaren Sprengköpfe, die weltweit existieren, warten hier auf ihren Einsatz. Ebenfalls 1000e von Tonnen biologischer und chemischer Waffen. Ständig stationiertes Kriegswerkzeug sind 75 000 schwere Kampfpanzer, 60 000 Artilleriegeschütze, 30 000 Schützenpanzer, 12 000 Kampfflugzeuge und ca 1000 Kriegsschiffe und U-Boote. 14 Mio aktive Soldaten und Reservisten stehen unter Waffen und sind so ihrer Volkswirtschaft entzogen. Dafür sind die Rüstungsausgaben des Westens zwischen 1980 und 1985 fast um das Doppelte gestiegen als das Bruttosozialprodukt insgesamt. Allein die USA haben in der Amtszeit R.Reagans 2 Billionen Dollar (d.h. 2 000 000 000 000 in Ziffern) für Rüstung verpulvert. Zumindest für die Bundesrepublik lag der Zuwachs an Rüstungsmilliarden auch nach 1985 bis heute über dem Gesamtanstieg des Bruttosozialprodukts. Die Bundesrepublik Deutschland ist die militarisierteste Zone der Welt. Sowohl der INF-Vertrag als auch die Erklärungen der Politiker beim Gorbatschowbesuch haben in der Bevölkerung unseres Landes große Hoffnungen geweckt. Viele glauben, daß jetzt mit Abrüstung ernst gemacht wird. Leider sehen die Tatsachen überhaupt nicht danach aus.

Glasnost bei der NATO? Im Westen nichts Neues!

Die NATO ist dabei, auf allen Ebenen ehrgeizige Rüstungsprojekte in Angriff zu nehmen. Der neue US-Präsident setzt weiter auf das Weltraumrüstungsprojekt SDI sowie den weiteren Ausbau militärischer Stärke überhaupt. Der militärisch-industrielle Komplex diktiert Bush ein Folgeprogramm der 2 Billionen Dollar, die sein Vorgänger fürs Militär verpulvert hat. Neben SDI und der Verstärkung der militärischen Operationsfähigkeit in der 3. Welt - Stichwort "Low intensity conflicts" - wird investiert in den europäischen Kriegsschauplatz. Dies geschieht in Lastenteilung mit den europäischen NATO-Staaten. Im Folgenden soll dies am Beispiel der taktischen Nuklearwaffen näher beschrieben werden.

"Modernisierung des gesamten Waffenspektrums"

Auf diesem Gebiet wird gegenwärtig ein "Rationalisierungsprogramm" durchgeführt. Obwohl die Gesamtzahl der stationierten Atomwaffen verringert werden soll, wird die Zerstörungsfähigkeit erheblich verbessert. Dabei sind sich Politiker und Militärs darüber einig, daß durch entsprechende "Kompensation" die Lücke, die das INF-Abkommen hinterlassen wird, mehr als geschlossen werden soll. In diesem Sinne erklärte der NATO-Oberbefehlshaber Galvin: "Ich werde aussagen, daß die Modernisierung des gesamten Waffenspektrums der Allianz stattfinden muß und daß die Beschlüsse, die wir schon 1983 (auf der NATO-Tagung in Montebello; d. Verf.) faßten, verwirklicht werden müssen. Daher brauchen wir nukleare Artilleriegeschosse. Kurzstreckenraketen wie die LANCE, Flugzeuge wie die F-111, die F16A, den TORNADO statt der Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper, die jetzt fortfallen sowie see- und luftgestützte Marschflugkörper." Nato-Generalsekretär Wörner hatte bereits den INF-Vertrag wie folgt kommentiert: "Die Option der vorbedachten Eskalation, also die Androhung des selektiven Einsatzes nuklearer Waffen unterhalb der strategischen Ebene, ist zwar durch die rüstungspolitischen Entwicklungen in ihrer Durchführung erschwert worden (das regierende Bonn hatte sich ja auch bis zum Schluß gegen die "Nulllösung" gewehrt; d. Verf.). Sie muß den neuen Bedingungen angepaßt werden. Dabei muß eins klar sein: Das was an Systemen mit Reichweiten über 500 km weggegeben wurde, kann und darf nicht mit Systemen unter 500 km kompensiert werden. Vielmehr gilt es durch Modernisierung luft- und seegestützter Systeme Optionen in die Tiefe des Warschauer Paktes hinein unter Einschluß des Gebietes der Sowjetunion aufrechtzuerhalten."

Strategische Reaktionen auf das INF-Abkommen

Auf der strategischen Ebene sollen die B52-Bomber und ihre Nachfolger (z.B. den neuen B1-Bomber oder den STEALTH-Bomber) zu Luft sowie die Interkontinentalraketen zu Wasser (in erster Linie die Trident II) die Präzisionsbeschießung der Sowjetunion übernehmen. Für die US-Navy sind 4000 seege-

stützte Raketen, davon 758 nuklear bestückt, vorgesehen. Reichweite: 2500 km.

Die eigentliche "Modernisierung"

Was nun die sog. "Modernisierung" der taktischen Atomwaffen in Westeuropa betrifft, so beginnt diese mit der Neueinführung eines neuen Typs von atomarer Artilleriemunition: Kaliber 155mm. Reichweite: Gut das Doppelte. Sprengkraft: bis zum 20fachen. Die Einlagerung dieser Granaten ist entweder bereits im Gang oder ist für 1990 vorgesehen.

Der Kern des Programms sind die Entwicklung und Stationierung der folgenden Waffensysteme:

1. Ein Nachfolgesystem für die LANCE-Rakete (bisherige Reichweite: 110 km)

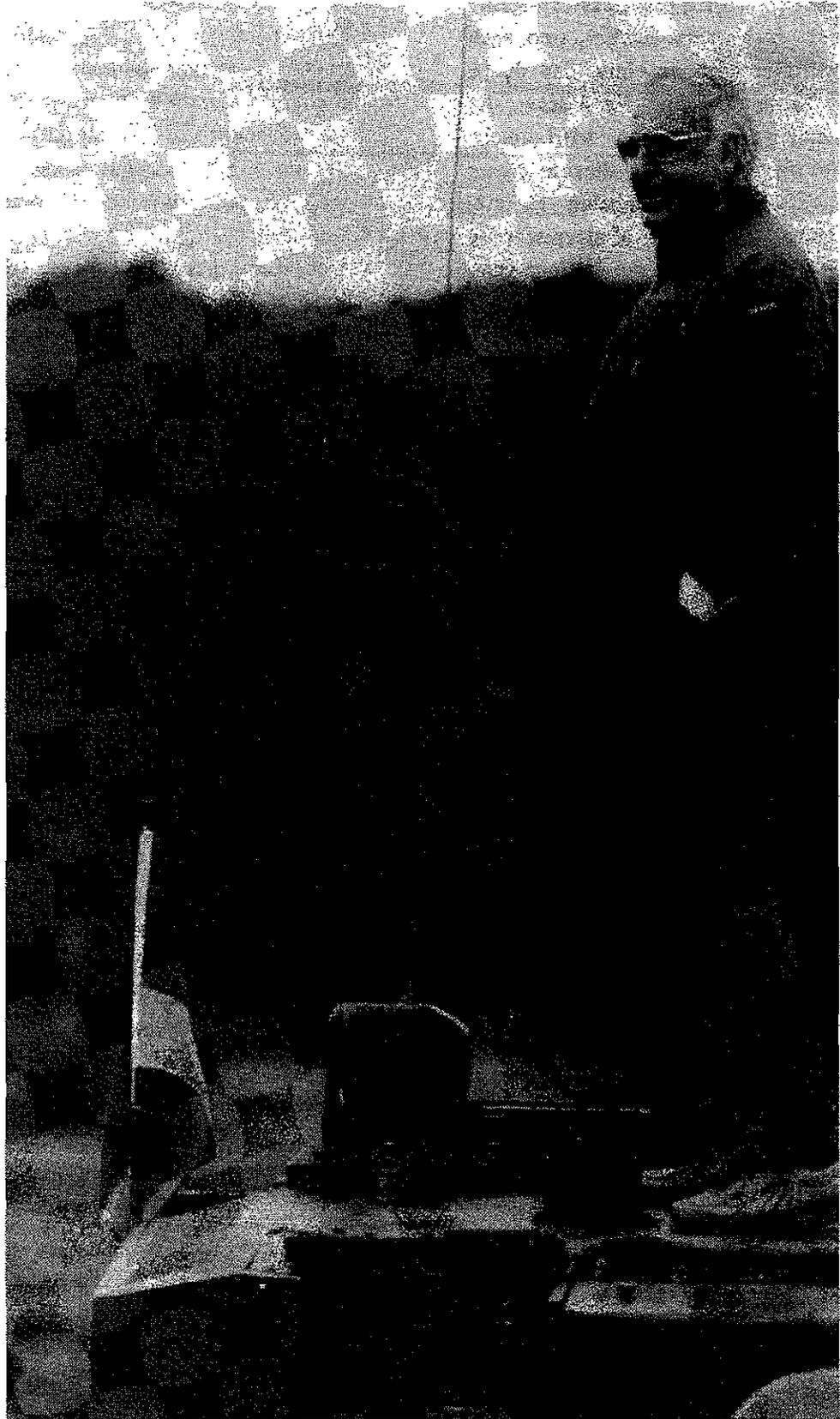
a. konventionell: Projektbezeichnung: Anti Tactical Missile System (ATACMS) Der Projektmanager der US-Army Thomas Kunhart: "Dieses System ist dabei, uns zu erlauben, jeden konventionellen Konflikt, dem sich die USA in Zukunft ausgesetzt sehen, zu beeinflussen und -nach meiner Meinung- zu gewinnen."

b. nuklear: Hier geht es um die Wahl zwischen einer nuklearen Version des obigen Systems, einer modernisierten Version der PATRIOT oder der französischen HADES-Rakete. Abgeschossen werden alle Raketen durch den MLRS-Werfer. Damit werden konventionelle Raketen mit Reichweiten bis zu 20 km und atomaren Raketen mit Reichweiten bis zu 500 km vom gleichen Träger verschossen, was zum einen sehr eskalationsfördernd ist und zum anderen eine rüstungspolitische Zuordnung erschwert. Im Rahmen des LANCE-Nachfolgeprojekts wird auch eine Wiederverwendung des demontierten Pershing II-Sprengkopfes erwogen. Dies wäre nach dem INF-Vertrag sogar erlaubt, was natürlich irgendwann aus einem echten Abrüstungsschritt eine reine Geländeverschiebung macht.

2. Die Stationierung des neuen F15 STRIKE EAGLE-Bombers in Westeuropa.

Diese nuklear bestückten Bomber sollen die F16

*"Frieden schaffen mit immer weniger Waffen"
(Kohl) im Osten und mehr Waffen im Westen ?*



und F111-Bomber ergänzen. Der Bomber hat eine Reichweite von 2000 km ohne Auftanken. Geplant ist der Bau von 392 Stück.

3. Nukleare Abstandswaffen

Diese Waffen wurden bisher nur auf strategischen Bombern eingesetzt. Dies soll nun auch auf taktischen Flugzeugen passieren. Es gibt dabei 2 Typen:

a. die Short Range Attack Missile (SRAM II)
Die SRAM II wird bei Boeing Aerospace in den USA entwickelt. Es handelt sich um eine Kurzstreckenangriffsrakete, die Bodenziele des Gegners ausschalten und dabei auch bewegliche Ziele treffen soll. Mit dieser neuen Abstandswaffe bestückt würden die Flugzeuge voll die Reichweite der zu verschrottenden Cruise Missile abdecken.

b. die Modular Stand Off Weapon (MSOW)
Dies ist ein Kooperationsprojekt der NATO. Es erlaubt die Bestückung verschiedener Sprengladungen, konventionell wie atomar. Reichweiten: zwischen 15 km und 600 km. Die Bundesregierung will prüfen, ob dieser Nachfolgetyp "eine ressourcensparende Nuklearoption sein kann". Derartige Ambitionen verfolgt die Regierung unter Kanzler Kohl nicht nur hier. Die beweist das Projekt KOLAS/Technex

4. Das KOLAS/Technex-Projekt

Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Auftrag der Bundesregierung an MBB ein "Komplementäres Luftangriffssystem" zu entwickeln, dessen Kern ein ballistischer Boden-Boden-Flugkörper sein soll mit Reichweite bis zu 500 km. Dieser Flugkörper soll sowohl konventionell als auch atomar bestückbar sein. Es ging um ein Nachfolgesystem der vom INF-Vertrag betroffenen Pershing 1A. Für die Steuerungselektronik sollte die US-Firma Martin Marietta (Hersteller der Pershing II) das Know How liefern. MBB soll für die Bundesluftwaffe zunächst 2000-3000 konventionell bestückte Systeme produzieren. Für den TORNADO. Kosten des Projekts: 10 Mrd DM. Das ganze Projekt unterlag der Geheimhaltung. Die Öffentlichkeitsscheu der Verantwortlichen ist verständlich, bedenkt man, was hier abläuft. - Die

Bundesrepublik produziert atomar bestückbare Raketen mit einer Reichweite, die nur wegen dem INF-Vertrag auf 500 km beschränkt wird (als 1984 das Verbot für die BRD, solche Waffen zu produzieren fiel, wurde offiziell erklärt, dies sei nur ein Schritt zur Normalität und es sei nicht geplant so etwas zu entwickeln und zu bauen) - die Bundeswehr erhält an Stelle einer veralteten Rakete eine Version der Pershing II. Geplant war eine Zahl von 250 an Stelle der 72 Pershing 1A. Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß die gesamte öffentliche Diskussion über die sog "Modernisierung" der taktischen Nuklearwaffen sich zumeist um die Frage der Kurzstreckenwaffen dreht. Während die USA auf diesen Waffen mit Reichweiten bis zu 500 km bestehen, weil sie Europa als Schlachtfeld begreifen, auf dem, abgekoppelt von ihrem Territorium, militärische Siege ins Auge gefaßt werden, ist der Bundesregierung diese Vorstellung zurecht unheimlich. Nun folgt daraus für das regierende Bonn allerdings keine Absage gegenüber weiterer Aufrüstung. Im Gegenteil: Die deutsche Bundesregierung fordert Waffensysteme, mit denen die Sowjetunion weiterhin strategisch bedroht werden kann. Diesem Zweck dienen die oben beschriebenen Pläne, Bomber mit Abstandswaffen auszurüsten und ballistische Waffen wie im KOLAS-Projekt zu entwickeln. Wir meinen: Eine ernsthafte Aussöhnung mit den Völkern des Ostens ist unvereinbar mit einer Militärpolitik, die die Angriffsfähigkeit und Siegfähigkeit für unverzichtbar hält. Nicht nur die Friedensbewegung verfolgt diese Entwicklung mit Sorge. So hat auch Prof Dr. Zelinka von der Bundeswehrhochschule Anfang des Jahres darauf verwiesen, daß mit dem JÄGER 90 nach TORNADO und PATRIOT-Raketen ein drittes System gebaut werden soll, das die Bundeswehr zum Angriff rüstet. Die BRD sei, so Prof. Zelinka somit erstmals seit ihrer Gründung in der Lage, "einen Atomkrieg außerhalb ihrer eigenen Grenzen zu entfachen".

Aufrüstung nur zum Ausgleich der Überlegenheit des Warschauer Pakts?

Diese Politik wird gegenüber der Öffentlichkeit damit begründet, es ginge den westlichen Demokratien nur um den Selbstschutz und um Maßnahmen, die die östliche Überlegenheit auf allen wesentlichen militärischen Gebie-

ten höchstens ausgleichen könne. Ist diese Argumentation stichhaltig? Diese Position ist bloße Propaganda. Auch wenn sie zigmal in allen Tageszeitungen wiederholt wird, steigt ihr Wahrheitsgehalt dadurch nicht. Dazu einige glaubwürdigere Aussagen: In ihrem Jahresbericht 1986/87 stellte das der NATO nahestehende "Institut für strategische Studien" (IISS) ein strategisches Gleichgewicht fest. Zum Zeitpunkt der Erhebung standen 1910 Atomwaffenträger der USA 2501 der UdSSR gegenüber. Dies wurde kompensiert durch ein Übergewicht von 12846 Sprengköpfen der USA gegenüber 10716 der UdSSR. Unter Berücksichtigung der asymmetrischen Abrüstung in Folge von INF und des britischen wie französischen Nuklearpotentials ergibt sich eher eine Überlegenheit der NATO. Eine quantitative Überlegenheit gibt es momentan für die UdSSR im wesentlichen bei landgestützten Kurzstreckenraketen. Diese werden jedoch durch die völlige Unterlegenheit der Sowjets bei diesen Waffensystemen zu Luft und zu Wasser mehr als kompensiert. Blicke das konventionelle Kräfteverhältnis. Auch hier erweist sich die Behauptung einer erdrückenden konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts gegenüber der NATO als nicht haltbar. Hier sei auf eine vergleichende SPIEGEL-Untersuchung aus dem Jahre 1987 verwiesen. Verwiesen sei auch auf das Buch des amerikanischen Militärexperten Tom Gervasi aus dem Jahre 1986 ("Moskaus Überlegenheit" - eine amerikanische Legende) oder eine vergleichende Untersuchung der renommierten US-Verteidigungsexperten Chalmers und Unterseher aus dem Jahre 1987. Dazu gibt auch das nachfolgende Interview Aufschluß, das eben falls in diesem Jahr entstand. Angesichts dieser Tatsachen sind die von Militärs und Politikern der NATO massiv vertretenen Forderungen an den Warschauer Pakt nach einseitigen Einschnitten in diesem Bereich wohl eher dazu gedacht, einseitige militärische Vorteile zu erzielen. So schrieb die AZ einen Leitartikel, in dem der Standpunkt der Bundesregierung wiedergegeben wurde, der Osten müsse konventionell im Verhältnis 20:1 abrüsten. Der Unterschied zwischen einem Verlautbarungsorgan der Regierung und einer kritischen Presse hätte darin bestanden, daß letztere vielleicht einmal andere Quellen gesucht hätte.

Wer blockiert die Abrüstung?

Jahreslang wurde argumentiert, die Sowjetunion und ihre Verbündeten benötigten deshalb diese "Überrüstung", weil das östliche System durch Gewalt zusammengehalten werde und mit Gewalt nach Ausdehnung strebe. Das demokratische westliche System verfüge nur über diese Gewaltmittel, um sich dagegen zu wehren. Die aktuelle rüstungspolitische Entwicklung legt jedoch ganz andere Schlüsse nahe. Es ist das von Ronald Reagan als "Reich des Bösen" gebrandmarkte Gesellschaftssystem, das mit Abrüstung ernst macht. Sowohl mit den weitreichendsten Abrüstungsvorschlägen als auch mit den bisher von der anderen Seite völlig unbeantwortet gebliebenen Maßnahmen zu einseitiger Abrüstung.

- Der Vorschlag sämtliche Atomwaffen bis zum Jahr 2000 zu vernichten stammt von Gorbatschow. Etwas Vergleichbares aus den Vereinigten Staaten liegt nicht vor. Nein: Die NATO hat es sogar abgelehnt auf der Wiener Abrüstungskonferenz über den Abbau von taktischen Nuklearwaffen überhaupt zu reden.

- die Sowjetunion ist ebenfalls zu einer 100%igen Vernichtung aller chemischen Waffen bereit. Mit der Vernichtung der Bestände wird bereits in diesem Jahr begonnen. Die USA hat bisher lediglich die Bereitschaft zu erkennen gegeben, sämtliche herkömmlichen C-Waffen zu beseitigen. Die Produktion völlig neuartiger binärer Kampfstoffe steht noch nicht zur Disposition. NATO-Oberbefehlshaber Galvin fordert deren Stationierung in Europa.

- Auf konventionellem Gebiet gibt es den sowjetischen Vorschlag die Streitkräfte auf beiden Seiten um 500 000 Mann zu reduzieren und die Doktrin und Bewaffnung voll auf Angriffsunfähigkeit umzustellen.

- diese Vorschläge werden begleitet von realen Abrüstungsschritten: Gorbatschow hat einen Erlaß unterschrieben, der die Rote Armee um 500 000 Soldaten, 12% der Gesamtstärke ("der besten und modernsten ..in Osteuropa und in den sowj. Militärbezirken", so die FAZ) reduziert. Auch die DDR hat Soldaten und militärisches Gerät einseitig

abgebaut. Geplant ist der Abbau von 10 000 Mann und die Auflösung von 6 Panzerregimentern. Entsprechendes ist auch bei den anderen Paktstaaten geplant. Nach Angaben einer SPD-Delegation hat die Umrüstung der Sowjetarmee auf defensive Kampfführung bereits begonnen. Das nicht mehr verwendete militärische Gerät wird für zivile Zwecke umgerüstet.

- beeindruckend ist auch die Entwicklung des Militärbudgets in den Warschauer Pakt Staaten: Ihren Militärhaushalt wollen die folgenden Staaten kürzen: Sowjetunion: um 14,2%, DDR: um 10%, CSSR: um 15%, Bulgarien: um 15%, Polen: um 4%, Ungarn: um 17%. Eine Kürzung des Rüstungshaushalts ist bis jetzt bei keinem NATO-Mitgliedstaat angekündigt worden. Das Erfreulichste kommt noch aus Dänemark, wo man sich zum Einfrieren des gegenwärtigen Standes bis Ende 1992 ausgesprochen hat. In der Bundesrepublik, wo 1988 mittlerweile jede vierte Mark für militärische Zwecke investiert wurde, soll auch der Rüstungshaushalt in diesem Jahr um 4-5% steigen.

Bilanz der "geistig-moralischen Wende"

Überhaupt liest sich die Amtszeit der Regierung der sog. "geistig-moralischen Wende" wie eine Chronologie von Ereignissen, bei denen nur die Geschäftsmoral immer gestimmt hat. Wir bilanzieren einige friedenspolitische Schlaglichter:

1. Die deutsche HDW-Werft liefert Know How zum U-Boot-Bau an Südafrika. Die Bundesregierung hat dies wenn nicht betrieben, dann wenigstens passieren lassen.

2. Deutsche Chemiebetriebe liefern Giftgasanlage an Lybien.

3. Deutsche Maschinenbaufirma liefert Testanlagen für Atomraketen an den Irak und Anlagen zum Bau von Atomwaffen an Pakistan.

4. Deutsche Firmen verhelfen Argentinien zum Aufbau eigener atomarer Trägersysteme.

5. Die deutsche Industrie hat im Iran-Irak-Krieg beide Seiten mit Waffen und militärisch relevanter Ausrüstung versorgt. Die Bereitschaft derartige Praktiken durch Entzug von Betriebsgenehmigungen, empfindliche Haftstrafen oder effektive Kontrollen in Zukunft wesentlich zu erschweren, war nicht zu erkennen. Zum Teil war nicht einmal ein Verfolgungsinteresse wahrzunehmen. Im besten Falle kommt es zur Bildung irgendwelcher parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die sich dann jahrelang hinziehen und in der Regel ohne Ergebnis sind.

6. Die Bundesregierung Kohl/Genscher hat gegen eine letztlich deutliche Bevölkerungsmehrheit die Stationierung der Pershing und Cruise Missile durchgezogen und sich bis zuletzt gegen den Abbau dieser Waffensysteme zur Wehr gesetzt. Am Schluß wurde versucht, die Pershing 1A aus der Schußlinie zu bringen, indem man diese zu "Drittweffensystemen" erklärte. Als habe die Bundesrepublik den Status einer Atommacht.

7. Über die deutsch-französische Zusammenarbeit erhoffen sich Politiker und Militärs endlich Zugriff auf Atomwaffen zu erhalten. Im Rahmen einer zukünftigen Europäischen Union soll dies festgeschrieben werden.

8. Die amtierende Bundesregierung zeichnet verantwortlich für die Genehmigung der Fusion Daimler Benz/MBB. Der ehem. "nationalsozialistische Musterbetrieb" Daimler Benz wird zum größten europäischen Rüstungskonzern mit einer monopolartigen Stellung auf dem nationalen Rüstungsmarkt.

9. Ebenfalls hat das unionsgeführte Kabinett die Weichen gestellt, um das JÄGER 90-Projekt zu realisieren. Der JÄGER 90 ist ein ausgesprochenes Angriffsflugzeug. Bis zum Jahre 2000 werden Entwicklung und Fertigung die astronomische Summe von 150 Mrd kosten, sollten sich die Preise entwickeln wie beim TORNADO.

10. Innenpolitisch hat sich die unionsgeführte Regierung mit der Verlängerung des Wehr- und Ersatzdienstes versucht. Der Ex-Innenminister hat versucht die Notstandsgesetze-



Und wie sieht der Menschenfresser eigentlich aus?

Auf einem Foto aus dem Hause Rheinmetall
zähle ich fünf Lebewesen und sieben Geschosse
Die Lebewesen sind mit Anzug, weißem Hemd und
Schlips bekleidet
daraus entnehme ich daß es Männer sind
Ihr Haarwuchs rangiert zwischen noch voll gelichtet
und dünn
daraus entnehme ich daß sie zwischen Ende Dreißig
und Mitte Fünfzig sind

Alle bis auf einem haben die oberen Schneidezähne
entblößt
daraus entnehme ich daß sie ein gutes Geschäft
abgeschlossen haben
Alle halten mit der Rechten oder mit beiden Händen
die von ihnen produzierten Waffen innig stolz oder

kumpelhaft fest
daraus entnehme ich daß sie Waffen lieben
Der innigen stolzen oder kumpelhaften Bewegung
entnehme ich außerdem

daß sie gern einen bombenhaften Penis hätten
Alle hier sichtbaren Repräsentanten des
Rüstungskonzerns
(mit Ausnahme des nicht Lächelnden der den Mund
dämmlich offenhält)
wirken dynamisch genau und entschlossen auf mich
Daraus entnehme ich daß sie mein deutsches Schicksal
lenken werden
wie bereits zweimal in diesem Jahrhundert
sofern wir sie nicht entmachten.

Dorothee Sölle

bung für den Kriegsfall in einem Gesetz zum "Zivilschutz" fortzuschreiben. Minister Blüm möchte das "Arbeitssicherstellungsgesetz" so ändern, daß im Kriegsfall Arbeitslose "kriegswichtigen Betrieben" zugeschoben werden können. Der ehem. Verteidigungsminister Scholz wollte es nicht zulassen, daß die Tyranisierung der Bevölkerung durch Tiefflüge auch nur eine Weile ausgesetzt wird. Der Bundesminister für Forschung und Wissenschaft hat es zu verantworten, daß bspw. zwischen 1983 und 1987 die Gelder für militärische Forschungen um 67% gestiegen sind, die Ausgaben für den zivilen Bereich jedoch nur um 11,5%. Als besonders abschreckend kann auch die Behandlung der neofaschistischen "Republikaner" durch führende Unionspolitiker gelten. Die Reps, Hauptkraft der Neonaziszene, stehen für Fremdenhaß, politische Gleichschaltung und für großdeutsche Reichpläne, ein Programm, für das der Militarismus unverzichtbar ist.

Völkerfreundschaft und Aufrüstung sind unvereinbar

"Der Frieden ist das A und O aller menschenfreundlichen Tätigkeiten, aller Produktion, aller Künste, einschließlich der Kunst zu leben". Dieser Satz des Augsburger Dichters Bertold Brecht ist auch das Leitmotiv der Friedensbewegung. Ein friedliches Zusammenleben der Völker der Welt ist unvereinbar mit einer Politik, die auf die Fähigkeit die Nachbarn zu vernichten nicht verzichten will. Wir wollen keinen neuen Schützengräben. Wir wollen die Gräben von Vorurteilen und Mißtrauen zwischen den Völkern zuschütten. Die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen hat nicht nur dazu geführt, daß ein Atomkrieg in Europa das Ende der Bewohnbarkeit dieses Erdteils zur Folge haben würde. Sogar ein Krieg, ausschließlich mit konventionellen Waffen geführt, würde Millionen von Menschen das Leben kosten und den Überlebenden eine vergiftete Ökosphäre hinterlassen. Dies ist eine historische Chance. Nutzen werden wir sie jedoch nur, wenn wir erreichen, daß alle, die darin ein "Dilemma" sehen und an der Wiederherstellung von Kriegsfähigkeit arbeiten, keine Wahlen mehr gewinnen können. Dies gilt zu Allererst für die Unionspolitiker in der Bundesregierung, die geradezu

eine "feste Burg gegen neues Denken" darstellen.

Wie stehen die Chancen für eine solche Wende?

Seit 1979 hat sich durchaus eine Entwicklung zum Positiven vollzogen. Die Politik der nuklearen Abschreckung hat keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung. Überhaupt sind die Bedrohungsängste, die der Union stets sichere Mehrheiten verschafft haben, sehr zurückgegangen. Aufrüstung ist unpopulär geworden. Der sog "Wehrwille" sinkt auch in erfreulichem Maße. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich auf ca 90 000 1989 verdreifacht. Die jetzige Bundesregierung begegnet diesem Trend einmal dadurch, daß versucht wird, sich öffentlich abrüstungsbereit zu zeigen, zum anderen die reale Aufrüstung so gut wie möglich vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Gleichzeitig wird die Führung der Bundeswehr in ihrem Bestreben unterstützt, das Feindbild des "kalten Krieges" zu konservieren. Diesem heren Ziel dient auch die völlig überzogene Kampagne gegen "östliche Unfreiheit", die seit Wochen die Medien so beherrscht, daß die ungelösten Probleme im eigenen Land völlig zugedeckt werden. Keins dieser Probleme wird durch die Beseitigung der deutschen Zweistaatlichkeit zu gunsten eines neuen Großdeutschland im Zuge einer "Wiedervereinigung" gelöst. Im Gegenteil. Zweimal hat die Welt mit Millionen von Toten für den Versuch zahlen müssen Deutschland groß zu machen. Die Probleme der Völker des Ostens sind in der Tat erdrückend. Zu den blutigen Altlasten, die der Stalinismus hinterlassen hat, kommen die neuen Lasten: Milliarden von Schulden an die westlichen Banken. Diese werden dahin führen, daß diese Länder nicht mehr Herr im eigenen Haus sind. Dies liegt weder im Interesse der Völker dieser Länder noch in unserem. Und daß eine derartige Macht die Durchsetzung der Menschenrechte sichert, ist wohl absurd. Das Kapital unterhält nicht nur glänzende Beziehungen zum Apartheitsstaat in Südafrika, es benötigt Folterer und Todesschwadronen zu seinem Schutz in nicht wenigen Ländern. Und: Die gleiche Regierung, die uns zur Solidarität mit den Übersiedlern der DDR auffordert, schiebt Flüchtlinge ab, auf die nicht nur einge-

schränkte Freizügigkeit sondern Folter und Tod warten.

Wir fragen alle Parteien,

- die von Frieden reden in den kommenden Wahlkämpfen, ob ihr Frieden auch eine völkerrechtliche Anerkennung aller Staatsgrenzen in Europa erlaubt.

Wir fragen nicht nur,

- ob sie für oder gegen die Stationierung neuer Atomwaffen sind, sondern ob sie den Verzicht auf Atomwaffen als Verfassungsziel unterstützen.

Wir fragen,

- welche Rüstungsprojekte sie zu Fall bringen wollen und ob sie sich für eine erstmalige Kürzung des Rüstungshaushalts verbürgen.

Wir fragen,

- wie in Zukunft der Export von Waffen und Bomben Know How "Made in Germany" in die 3. Welt unterbunden werden soll.

Wir fragen,

wie in Zukunft die Bundesrepublik ihrer Verantwortung gerecht werden will, den Opfern dieser Politik Zuflucht zu gewähren

Wir fragen nicht nur,

- ob sie bereit sind, eine Zusammenarbeit mit

den neofaschistischen REPs generell abzulehnen, sondern auch, was sie zu tun gedenken, daß diesen Rattenfängern die Konjunktur verdorben wird.

Und wir sagen allen unseren Freundinnen und Freunden, allen, die mit der Friedensbewegung sympathisieren:

Der schreiende Widerspruch zwischen der Forderung der Mehrheit der Bevölkerung nach Abrüstung und Verständigung und der Weigerung der politisch Verantwortlichen, dem durch Taten zu entsprechen, löst sich nicht durch die Zeit in unserem Sinn. Diese Lösung verlangt eine organisierte Friedensbewegung, die Zeichen setzt wie am Anfang dieses Jahrzehnts. Momentan sind wir davon meilenweit entfernt. Dies darf nicht so bleiben, wollen wir ernsthaft die Richtung dessen verändern, was da in unserem Namen so abläuft. Dies gilt besonders für unsere Region, deren Militarisierung besorgniserregend ist. Neue Atombomben und TORNADO Bomber in Lagerlechfeld sowie neue PATRIOT-Raketensysteme, ein LANCE-Nachfolgesystem in Landsberg und ein weiteres Munitionsdepot im Derchinger Forst fordern heraus zum tätigen Widerspruch. Wir erhoffen uns mit eurer Hilfe ein zweites Jahrzehnt, das uns unseren Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft der Völker näher bringt.

10



Das konventionelle Kräfteverhältnis

INTERVIEW

in Europa ist ausgeglichen

Christian Krause, Brigadegeneral der Bundeswehr a.D. und Sicherheitsberater der Friedrich-Ebert-Stiftung,

zur angeblichen konventionellen Übermacht des Warschauer Pakts

1987: Seit der sowjetische Parteichef Gorbatschow der NATO ein atomares Abrüstungsangebot nach dem anderen unterbreitet, wird wieder eine „überwältigende Überlegenheit“ des Warschauer Pakts an die Wand gemalt. Sie sagen das Gegenteil

Krause: Die NATO spielt ganz bewusst diese angebliche konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes hoch, um ihren atomaren Status zu erhalten. Alle Zahlen, die von NATO-Seite in der Öffentlichkeit genannt werden, sind manipuliert. Es läßt sich leicht nachweisen, daß die NATO bei den Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierung mit anderen Zahlen arbeitet als in der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Ein Beispiel: Im NATO-Streitkräftevergleich von 1984, der für die eigene Öffentlichkeit bestimmt war, wurde die Stärke des Warschauer Pakts mit 4 Millionen Soldaten, die der NATO mit 2,6 Millionen Soldaten angegeben. In Wien präsentierte die NATO folgende Zahlen: Dem Warschauer Pakt wurden dort 935.000 Soldaten zugerechnet, der NATO 792.000.

In Wien mußte der Westen Farbe bekennen: Dort sind Zählkriterien vereinbart worden, die — soweit das überhaupt möglich ist — Vergleiche einigermaßen realistisch machen.

Aber wie kommt der Kräftevergleich zustande, der im Zusammenhang mit der „Null-Lösung“ veröffentlicht wird?

Die NATO spricht von einer angeblichen Überlegenheit im Verhältnis 3:1 — allerdings erst seit den Abrüstungsangeboten von Gorbatschow. Bisher sind die Personalstärken immer mitgezählt worden.

In einem neuen Positionspapier des Verteidigungsministeriums für die Wiener Verhandlungsspielen die Personalstärken keine Rolle mehr. Da werden nur noch Divisionen und Waffen verglichen und eine Überlegenheit im Verhältnis 3:1 behauptet. Das kann gar nicht stimmen, weil der Warschauer Pakt mit einer nur geringfügig höheren Zahl an Soldaten nicht das dreifache an Waffen und Divisionen in Bewegung setzen kann.

Es ist unmöglich, daß ein Pilot gleichzeitig drei Flugzeuge fliegt. Das widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Genauso irreführend ist der Vergleich zwischen Divisionen: Wenn aus ungefähr gleich vielen Soldaten im Osten mehr Divisionen gebildet werden, sind die Divisionen dort kleiner und haben weniger Kampfkraft.

Die Artillerie ist ein weiteres Beispiel: Die NATO rechnet auf östlicher Seite alle Mörser ab 10 cm Kaliber zur Artillerie. Bei der NATO sind das Infanteriewaffen. Am Ende kommt für den Warschauer Pakt eine Unmenge an Artilleriesystemen zusammen. Beispiele dieser Art ließen sich fortsetzen.

Dann besteht also ein „Gleichgewicht“?

Das Internationale Institut für Strategische Studien in London beurteilt das konventionelle Kräfteverhältnis der beiden Militärpakte in Europa als ausgeglichen. Es hat Recht. Eigentlich ist die NATO sogar leicht überlegen, wenn nämlich alle konventionellen Streitkräfte Frankreichs mitgezählt würden und nicht nur die in der BRD stationierten Soldaten (etwas weniger als 50.000).

Die ganze übrige französische Armee, die direkt

hinter der deutschen Grenze steht, wird ignoriert. Bis de Gaulle 1966 aus der militärischen Integration der NATO austrat, war die NATO dem Osten konventionell überlegen. Dann kippte das um, weil die NATO die Franzosen nicht mehr mitzählte, obwohl sie weiterhin da waren.

Wenn man die qualitative Seite der Rüstung betrachtet, ist die NATO ohnehin überlegen. Auch hierfür ein Beispiel: Das NATO-Kampfflugzeug F-111 hat für Waffen, Elektronik etc. eine Zuladung von 37 Tonnen.

Das entsprechende Gegenstück, das sowjetische „Backfire“-Kampfflugzeug, hat eine Zuladung von 17 Tonnen. Den technischen Vorsprung der NATO können die Sowjets nicht aufholen. Im Endeffekt ist also die NATO zahlenmäßig gleich und technisch überlegen.

Das Zurechtrücken dieser Fakten ist sicherlich eine wichtige Sache. Aber was fehlt, ist eine politische Diskussion um die angebliche Angriffslust der Sowjetunion auf Westeuropa.

Das ist noch immer unpopulär. Denken Sie an Herbert Wehner, der einst gesagt hat, die Sowjetunion habe eine defensive Rüstung. Wehner ist so scharf angegriffen worden, daß er diesen Satz nicht wiederholt hat. Ich habe bisher wenig Hoffnung für eine Neuordnung der Militärpotentiale in Europa gehabt. In den Abrüstungsangeboten Gorbatschows sehe ich neue Chancen. Der Westen muß diese Gelegenheit nutzen, sonst ist „der Mantel Gottes“ eines Tages vorbeigerauscht, wie man so schön sagt. Und wir machen uns bittere Vorwürfe, daß wir nicht zugegriffen haben. Interview: Ursel Sieber

Truppenstärken der Nato und des Warschauer Pakts

Nato	Warschauer Pakt
Nato insgesamt: 5 275 889	Warschauer Pakt insgesamt: 4 788 000
davon	davon
USA 2 049 100	Sowjet-Union 3 673 000
Kanada 79 497	
davon in Europa stationiert	davon in Europa (außerhalb der Sowjet-Union) stationiert
USA* 273 729	Sowjet-Union 610 555
Kanada* 3 764	Polen 319 500
Türkei 569 000	+ Sowjets 50 000
Frankreich 504 630	Tschechoslowakei 194 000
Bundesrepublik 495 000	+ Sowjets 78 000
Italien 366 000	Rumänien 184 500
Großbritannien 343 646	DDR 167 000
Spanien 342 000	+ Sowjets 406 000
Griechenland 193 500	Bulgarien 149 000
Niederlande 102 800	Ungarn 101 000
Belgien 89 500	+ Sowjets 76 550
Portugal 70 926	
Norwegen 37 000	
Dänemark 32 000	
Luxemburg 690	
insgesamt 3 424 785	insgesamt 1 725 550

* überwiegend in der Bundesrepublik stationiert

Schätzung der Truppenstärken in Mitteleuropa während der ersten Phasen der Mobilmachung und Verstärkung

Zeitraum	Truppenstärke der Kampfeinheiten		Gesamttruppenstärke	
	Nato	Warschauer Pakt	Nato	Warschauer Pakt
vor der ersten Alarmierung	470 023	390 607	886 835	574 422
24 Stunden nach der ersten Alarmierung	697 120	520 810	1 297 830	765 895
nach zehn Tagen	1 374 471	679 987	2 563 880	999 977

(1) aus Gervasi siehe S. 6

Zeitraum	Nato	Warschauer Pakt
	Bestand an Kampfpanzern	33 577
Mobilisierungsphasen in Mitteleuropa		
innerhalb von 24 Stunden	10 351	12 766
innerhalb von zehn Tagen	14 073	14 590
innerhalb von 30 Tagen	15 585	17 230
innerhalb von 120 Tagen	18 717	24 523

Chronologie bundesweiter Friedensaktionen der 80er Jahre

15./16. November 1980, Krefeld:

Von rund 1000 Teilnehmern des ersten Krefelder Forums wird der »Krefelder Appell« beschlossen; darin wird die Bundesregierung aufgefordert, »die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen«. Dieser Aufruf wird zu einem »Eckpfeiler« der sich entwickelnden Friedensbewegung. Bis Mitte 1983 stimmen vier Millionen Bundesbürger per Unterschrift dieser Forderung zu.

20. Juni 1981, Hamburg:

Am Rande des evangelischen Kirchentages demonstrieren 80.000 Menschen unter dem Motto »Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle«. Dies ist ein Auftakt für das weitere Engagement von Christen in der Friedensbewegung.

10. Oktober 1981, Bonn:

In den Medien wird eifrig diffamiert und die Angst vor »Chaoten« und »Moskau-Agenten« geschürt. 300.000 Menschen lassen sich davon nicht abhalten und machen aus der »Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa« die bis dahin größte Massenkundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik (- wozu auch 600 AugsburgerInnen beitragen). Durch diesen Erfolg motiviert entstehen in der Folge viele neue Friedensinitiativen.

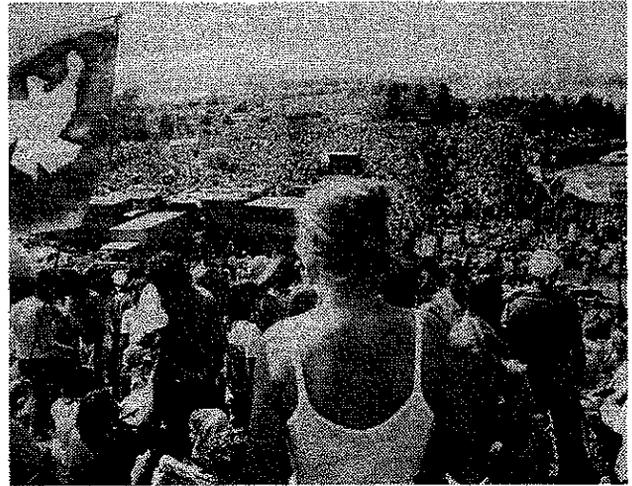
17. April 1982, München:

Anlässlich des Bundesparteitages der SPD konfrontieren 50.000 Demonstrationsteilnehmer die Regierungspartei mit ihren Forderungen »gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und für die Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses«.

10. Juni 1982, Bonn-Beuel:

Aus den USA werden Pläne des Pentagon zur Führung eines 'begrenzten' Atomkrieges bekannt. In London ruft Reagan zu einem »Kreuzzug gegen den Kommunismus« auf. Vor diesem Hintergrund findet in Bonn der NATO-Gipfel statt, Reagan spricht vor dem Bundestag, während in Bonn-Beuel 400.000 und in West-Berlin 100.000 BürgerInnen gegen Raketensta-

tionierung und Atomkriegsplanung, für Entspannung und Abrüstung in Ost und West demonstrieren.



11. September 1982, Bochum:

200.000 Menschen besuchen die Großveranstaltung der Krefelder Initiative »Künstler für den Frieden«.

1982, bundesweit:

Überall in der Bundesrepublik sammeln Friedensinitiativen Unterschriften für die Schaffung »atomwaffenfreier Zonen« in Europa. Betriebe, Universitäten, Straßen, Stadtteile und ganze Gemeinden erklären sich symbolisch für atomwaffenfrei.

Herbst 1982:

Nach der »Bonner Wende« demonstrieren 600.000 Gewerkschafter auf verschiedenen Kundgebungen »gegen Hochrüstung und Sozialabbau«.

22. Oktober 1983,

Bonn, Hamburg, Stuttgart/Ulm:

Die Kohl-Regierung will die Stationierung durchziehen. Die Friedensbewegung antwortet darauf mit »Volksversammlungen« in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Ulm, an denen über eine Million Menschen teilnehmen. Zwischen der Raketenstellung bei Neu-Ulm und dem US-Hauptquartier EU-

20. Oktober 1984,

Neu-Ulm, Stuttgart und anderswo:

Parallel zu weiteren Aktionen in Bonn, Hamburg und West-Berlin finden in Süddeutschland Kundgebungen an den Pershing-Stationierungsorten Neu-Ulm, Schwäbisch-Gmünd und Heilbronn statt. In Stuttgart bilden anschließend 100.000 Menschen einen »Friedensstern« zwischen Kasernen, Rüstungsbetrieben, US-Befehlszentrale und Landtag.



COM in Stuttgart wird eine 108 km lange Menschenkette, in der auch 1400 AugsburgerInnen stehen, gebildet.

17. Juni 1984:

Am 22. November 1983 stimmte die konservative Mehrheit des Bundestages der Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen zu. Die Friedensbewegung läßt die Bevölkerung abstimmen. Parallel zur Europawahl können die BürgerInnen vor ca. 18.000 Wahllokalen an den Urnen der örtlichen Friedensinitiativen ihr Votum für oder gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen abgeben. Über 5 Millionen beteiligen sich an dieser »Volksbefragung«, 87% sprechen sich gegen die Stationierung aus.

22.-29. September 1984, Hessen/Fulda:

Osthessen wird zum Aufmarschgebiet gen Osten ausgebaut. In ihrem Herbstmanöver erprobt die NATO neue Offensiv-Strategien nach der »Air-Land-Battle Doktrin«. Die Friedensbewegung leistet Widerstand dagegen. Eine Woche lang werden die Manöver beobachtet, begleitet und behindert.

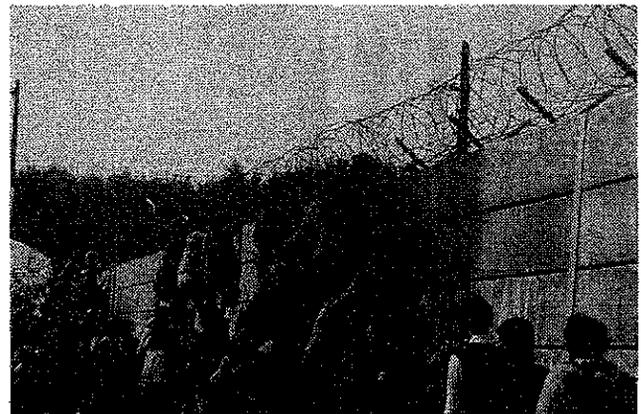


Mai 1985:

Während Kohl mit Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg über den Gräbern von SS-Mördern »Versöhnung« feiert, treffen sich an vielen Orten der Bundesrepublik Antifaschisten zu Mahn- und Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg.

11. Oktober 1986, Hasselbach:

Bei Hasselbach im Hunsrück wird der Stützpunkt für 96 Marschflugkörper gebaut; die ersten Cruise Missiles sind bereits in der Region. 180.000 Menschen bilden einen kilometerlangen Demonstrationzug von Hasselbach zur US-Basis, um einen Stopp der Stationierung zu fordern.



13

26. Juni 1987, Augsburg:

Die Initiative 'Sportler und Sportlerinnen für den Frieden' führt eine Friedensstaffette durch die Bundesrepublik durch. Auf ihrem Weg von Flensburg bis zur Zugschleife wird sie in Augsburg empfangen. 80 Augsburger und Augsburgerinnen feiern zusammen mit den Stafetten-Teilnehmern ein Sport- und Spielefest am Eiskanal.

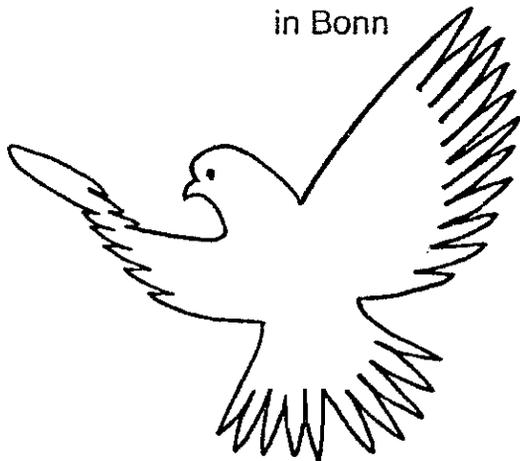
13. Juni 1987, Bonn:

Während Gorbatschow dem Westen eine umfassende Null-Lösung bei den atomaren Mittel- und Kurzstreckenraketen anbietet, regt sich innerhalb der NATO-Staaten starker Widerstand gegen den möglichen Einstieg in einen Abrüstungsprozeß. Am 12. Juni ist Reagan in West-Berlin. Am 13. Juni demonstrieren über 100.000 Menschen in Bonn gegen den Abrüstungs-unwillen vor allem der Bundesregierung.

NULL heißt wirklich **NULL**

Die Bundesdeutsche Friedensbewegung
ruft auf zur

Demonstration
am 13. Juni 1987
in Bonn



13. Juni 1987 Abfahrt: 2.00 Uhr Justizgebäude
Karten zu DM 40.— beim DGB (Schaezlerstr. 13 1/2)
und den unterzeichnenden Organisationen

sowie: Papyrus (Vorderer Lech) und Probuch (Gögginger Str.)

Augsburger Friedensinitiative — DGB Augsburg

September 1987:

Für die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors an der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt demonstrieren die Teilnehmer des Olof-Palme-Friedensmarsches von Stralsund nach Dresden, von Wien nach Prag und von Flensburg bzw. Wien nach Heilbronn. In Augsburg findet hierzu unter der Schirmherrschaft von OB Breuer ein Schriftsteller-Symposium u.a. mit Bernd Engelmann statt.



1. Oktober 1988, Böblingen:

Am 8. Dezember 1987 wurde der INF-Vertrag über die Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa unterzeichnet. In anderen Bereichen jedoch geht die Aufrüstung ungebremst weiter. In Böblingen soll die erste deutsch-französische Brigade gegründet werden — ein Symbol für das bundesdeutsche Streben nach einer westeuropäischen Streitmacht mit eigenen Atomwaffen. Gegen eine Militärachse Bonn-Paris und für den Einstieg in einen umfassenden Abrüstungsprozeß demonstrieren in Böblingen 4000 Menschen. Parallel finden in Hamburg, Linnich und West-Berlin weitere dezentrale Aktionen statt.



Kommunale Friedensarbeit

HERBST 1982

*Friedensdemonstration des Stadtjugendrings
gegen die geplante Stationierung*

Auf der Abschlußkundgebung am Ullrich sprach der SPD-Politiker Erhard Eppler. Am Fackelmarsch durch die Innenstadt beteiligten sich ca 2000 Leute.

FEBRUAR 1983

"Wird Augsburg noch 2000 Jahre alt?"

Was passiert, wenn über dem US-Horchposten in Gablingen (NATO offiziell "Frühwarnanlage") ein Atomsprengkopf explodiert? Kann sich Anita M. in Oberhausen vor der Druckwelle retten? Gibt es für Herbert K. noch einen Fluchtweg über die neue B17 in Richtung Süden? Was bleibt von Augsburg noch übrig nach dem atomaren Holocaust? Beginnen die Lebenden die Toten zu beneiden? Diese erste große Flugblattaktion der AFI (Auflage 10 000 Stück) enthielt neben dem obigen Szenario Brandreden westlicher Politiker und unsere Argumente gegen die sog. "Nachrüstung".

JUNI/JULI 1983

"Macht Augsburg zur atomwaffenfreien Zone!"

Auf der Lechhauser Bürgerversammlung dieses Jahres wurde die Initiative eingebracht, einen entsprechenden Stadtratsbeschluß durchzusetzen. Darin wurde der Stadtrat aufgefordert, "alles in seiner Macht stehende zu tun, daß in Augsburg und Umgebung keine Atomsprengköpfe gelagert, stationiert oder transportiert werden" und "die Stadt Augsburg öffentlich zur atomwaffenfreien Zone erklärt wird". In einer Aktion "Straße für Straße, Haus für Haus" sammelten wir Unterschriften in einigen Stadtvierteln. Stimmt in einer Straße über 50% der befragten Haushalte dafür, wurde die Straße für "atomwaffenfrei" erklärt und ein Aufkleber "atomwaffenfreie Zone" auf dem Straßenschild angebracht. So stimmten z.B. in der Schmiedgasse 73% der Mitbürger für eine atomwaffenfreie Zone Augsburg. Auf dem Rain waren es 70%. In der Kampagne "atomwaffenfreie Fachbereiche und Hochschulen" wurden an der Augsburger

Universität 1000 Unterschriften gesammelt und der Fachbereich "Phil.I" wurde zur "atomwaffenfreien Zone" erklärt. Verknüpft werden sollte mit dieser Aktion die Forderung nach Beendigung der Rüstungsforschung



an den Hochschulen und für eine Wissenschaft und ein Studium im Dienste des Friedens. Die SPD brachte den Antrag dann in der Form im Rathaus ein, daß der Stadtrat die Bundesregierung auffordern sollte, die Stadt von der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen freizuhalten. Mit den Stimmen von CSU, CSM, Bürgerblock und Freien Wählern wurde der Antrag mit 30:29 abgelehnt. Dies geschah mit der formalen Begründung, diese Fragen lägen allein in der Kompetenz des Bundes. Dies schien der Mehrheit opportuner zu sein, als offen zu erklären, daß sie die Stationierung unterstützen. Als Auftakt zu den Friedenswochen 1984 bekräftigten wir mit einer Menschenkette vor dem Rathaus nochmals unser Anliegen.

SEPTEMBER 1983

Infoveranstaltungen in Stadtteilen zu Pershing und Cruise

In insgesamt 7 Stadtteilen organisierten die Gruppen der AFI Informationsveranstaltungen gegen die geplante Raketenstationierung. Zuvor wurden ca 50 000 Flugblätter in die Briefkästen und auf der Straße verteilt.

17. JUNI 1984

Aktion "Volksbefragung" anläßlich der Europawahl 1984

4680 Bürger wählten in Augsburg bei dieser Wahl dreimal. Neben der Stimmabgabe zur

Frage, ob der Umweltschutz die bayerische Verfassung aufgenommen werden sollte, und der Wahl einer der Parteien zur Europawahl konnten die Augsburgener an den Ständen der AFI in 19 Wahlbezirken der Innenstadt ihre Stimmefür oder gegen die Mittelstreckenra-



keten abgeben. Gegen die neuen Raketen stimmten 4168 Bürgerinnen und Bürger. Das entsprach etwa dem Ergebnis der Münchner Friedensinitiativen, wo 94% der aufgeforderten Wahlberechtigten sich gegen den Stationierungsbeschluß der NATO aussprachen. Ähnliche Aktionen fanden auch in den europäischen Nachbarländern statt. Bewiesen wurde eindeutig, daß die Behauptung der Bundesregierung, die Bevölkerung in der Bundesrepublik habe am 6. März 1983 der neuen Regierung auch ein Mandat für die Raketenstationierung erteilt, falsch war.

8. JUNI - 16. JUNI 1985

"Woche der Militärmusik"

Anlässlich der 2000-Jahr-Feier bereitete uns die Stadt Augsburg einen besonderen "Kunstgenuß" und lud zusammen mit dem Streitkräfteamt Bonn zu einer "Woche der Militärmusik" ein. 22 000 DM wurden dafür aus dem Stadtsäckel locker gemacht. Begleitet wurde das Spektakel darüberhinaus von "workshops" der Militärmusiker an vier Augsburger Schulen. Mit flotter Musik wollte die Bundeswehr bei den Jugendlichen Werbung für ihre Kriegsmaschinerie betreiben. An den vielfältigen Aktionen gegen diese Woche der Militärmusik beteiligte sich die AFI mit einem witzig aufgemachten Flugblatt, welches dem Originalwerbeprospekt der Stadt Augsburg auf den ersten Blick zum Verwechseln ähnlich sah. Statt der Musikinstrumente waren allerdings Waffengattungen der Bundeswehr dargestellt und der Slogan lautete nicht

"2000 Jahre Augsburg - Stadtjubiläum 1985" sondern "2000 Jahre Militärmusik - 2000 Jahre Krieg". Auch die Passanten, an die das Flugblatt verteilt wurde, verwechselten es häufig mit dem offiziellen Programmheft, reagierten -darauf angesprochen- jedoch meist positiv und stimmten mit unserer Ansicht "zuviel Geld für Militärmusik" und "keine Bundeswehrwerbung an den Schulen" überein.



2000 Jahre
Militärmusik
2000 Jahre
Krieg



16. NOVEMBER 1985

"Kennen Sie Augsburg?"

Mit einem breitgestreuten Flugblatt gaben wir den Augsburgern und Augsburgern einen Lageplan an die Hand, auf dem man sich über die Militarisierung der Stadt informieren konnte. Wer produziert für die Rüstung, wo liegen diese Betriebe? Wo gibt es Kasernen und Bunker? Wo liegen Atomwaffen in Alarmstellung?



Mit Transparenten und Plakaten protestierten rund 400 Menschen am Samstag in der Innenstadt gegen den US-Bombenangriff auf Libyen.

19. APRIL 1986

Demonstration gegen die Bombardierung libyischer Städte durch US-Kampflugzeuge

In der Nacht zum 15. April 1986 griffen die USA Libyen an und bombadierten die Städte Tripolis und Bengasi. Als Vorwand für diesen Überfall diente ein Sprengstoffanschlag auf die Westberliner Discothek "La Belle". Gegen diesen Versuch der USA mit militärischer Gewalt ihre wirtschaftlichen Interessen im Nahen und Mittleren Osten durchzusetzen protestierten 400 Leute. Auf der von der AFI initiierten Demonstration, zu der letztlich 16 Organisationen aufgerufen hatten, wurde u.a. die Kündigung des sog. "War Time Host Nation Support"-Abkommens gefordert, das die Bundesrepublik zum Aufmarschgebiet für US-Interventionen in der 3. Welt macht und die BRD zu vielfältigen Hilfsleistungen verpflichtet. 200 Demonstranten zogen anschließend zur Reese-Kaserne in Kriegshaber, wo eine Vertreterin der amerikanischen Friedensbewegung zu uns sprach.

JANUAR 1987

"Sie wollen unser Bestes - aber das geben wir ihnen nicht!"

Unter diesem Titel verteilte die AFI eine Zeitung vor den Augsburger Schulen, die sich vornehmlich an Jugendliche richtete. Wir

haben darin versucht, die Schüler und Auszubildenden darüber zu informieren, was die "Wende" für sie bedeutet. Fazit: "Schwarz wählen und sehen kommt teuer zu stehen". Mit einem Fragebogen haben wir die Position der Augsburger Bundestagsabgeordneten zu Rüstungsfragen erkundet. Die Antworten wurden mit Kommentar in unserer Ausstellung veröffentlicht.

FRÜHJAHR 1987

Ausstellung "Friedensarbeit in Augsburg im UNO-Jahr des Friedens 1986"

In der 20 Tafeln umfassenden Ausstellung wurden die Hauptthemen, mit denen sich die Organisationen der AFI 1986 befaßt hatten, dargestellt und die Arbeit der Gruppen selber vorgestellt. Gezeigt wurde die Ausstellung, für deren Erstellung wir einen Zuschuß der Stadt erhielten, im "TIP", im DGB-Haus, im Zeughaus und an der Universität.

15. - 19. JUNI 1988

Gegenaktion zur Bundeswehrpropagandashow "Unser Heer"

Die Waffenschau und Sympathiewerbung für die Bundeswehr bedurfte einer entsprechenden "Gegendarstellung" durch die Friedensbewegung. Es wurden 3 Veranstaltungen gemacht und rund um das Plärrergelände -hier war

NOVEMBER 1988

"Verbot aller Tiefflüge"

Mit einer Sandwichaktion auf dem Königsplatz protestierte die AFI gegen den Tiefflugterror, der in Ramstein gerade Tote gefordert hatte.

2. JULI 1989

"Veto gegen neue Atomraketen"

Zum Open Air in Augsburg hatten wir ein Transparent gemacht, auf dem stand: "Abrüstung - für NATO ein Fremdwort?!" Damit postierten wir uns vor den Kasseneingang. Über 1000 Zeitungen des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung wurden verteilt. In der Zeitung wurde über die laufenden "Modernisierungen" von atomaren Waffensystemen der NATO informiert. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, diese Pläne mit einem Veto im NATO-Rat zu Fall zu bringen.



der Militärzirkus- waren während der gesamten Dauer der Bundeswehrvorfürungen Plakatständer aufgestellt, die zum Widerspruch aufforderten. Für einiges Aufsehen sorgte eine mutige Aktion der Frauenfriedensgruppe, die sich auf dem Ausstellungsgelände vor den Übungspanzer in einer Reihe aufstellte. Buchstaben auf den T-Shirts der Frauen ergaben die Worte: "Waffen töten" und "Abrüstung".



Zu Tausenden kamen sie als Mitglieder einer Frauen-Friedensgruppe am Freitag bei der Jahres-Ausstellung der Bundeswehr in Augsburg demonstrierten.

JUNI / OKTOBER 1988

"Volksdiplomatie" auf deutsch-französisch

Die wachsende militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hat uns dazu bewogen, erste kleine Schritte dagegen zu tun. Wir nahmen Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern der französischen Friedensbewegung aus der Partnerstadt Augsburgs, aus Bourges, auf. Die Bourger kamen im Juni zu uns und sprachen auf einer gemeinsamen Veranstaltung im Zeughaus. Im Oktober reiste eine Delegation der AFI zum Gegenbesuch. Auch wir nahmen die Möglichkeit wahr, die Teilnehmer einer Informationsveranstaltung über die bundesdeutsche Friedensbewegung zu informieren.



"Die deutsch-französische Bombe" im Kinderwagen. Was sich hier als Resultat militärischer Zusammenarbeit herausschält, ist mit einer Kultur des Friedens und mit echter Völkerfreundschaft unvereinbar.

Ostermarsch im Rückblick

Die Anfang der 80er Jahre entwickelte Aktionsform des Ostermarsches war eine Wiederanknüpfung an die Tradition der Ostermarschierer, die in den 60er Jahren den Kampf für Frieden und Abrüstung organisierten. Die AFI hat deshalb im Folgenden einen Veteranen dieser Bewegung nach seinen Motiven und Erfahrungen gefragt. Es ist Hans Maas. Die Fragen stellte Theri Lindner.

Hans, kannst du etwas zu Deiner Person sagen? Uns interessiert auch, woher Dein politisches Interesse für den Frieden all die Jahre hinweg kam.

Ich bin 70 Jahre alt und verheiratet. Mein früherer Beruf war Verwaltungsbeamter bei der Stadt Augsburg. Seit dem Jahre 1955 gehöre ich dem Internationalen Versöhnungsbund an, der erst kürzlich sein 75jähriges Bestehen feiern konnte. Außerdem arbeite ich

In Hamburg fand 1960 der erste Ostermarsch statt. Wie kam es dazu? Was war damals für eine politische Situation, welche Ereignisse haben den Ostermarsch hervorgerufen, was ging ihm voraus?

Von England im Jahre 1958 ausgehend, griff die Ostermarschbewegung 1960 auf die Bundesrepublik über. Sie richtete sich hier vor allem gegen die vor allem von Strauß betriebene Atombewaffnung der Bundeswehr.

Kleine Chronologie der Kampf-dem-Atomtod-Bewegung 1957-1960

12.4.1957:	Göttinger Appell von 18 Atomwissenschaftlern für den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen	April/Mai 58:	Demonstrationen und Kundgebungen in fast allen größeren Städten mit Beteiligung von Hunderttausenden
22.2.1958:	Bildung des zentralen Kampf-dem Atomtod (KdA)-Ausschusses in Bad Godesberg unter Beteiligung der Spitzen von SPD, DGB, ehemaliger GVP, prominenten Mitgliedern der ev. Kirche (Niemöller) und der FDP	6.7.1958:	Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen schwerer Rückschlag für KdA
10.3.1958:	Aufruf „Kampf dem Atomtod“, unterzeichnet u.a. von Spitzenvertretern von SPD, DGB, FDP und namhaften Schriftstellern (Andres, Böll, Dirks, Kästner)	30.7.1958:	Bundesverfassungsgericht erklärt Hamburger und Bremer Gesetze über Volksbefragung zur Atombewaffnung für nichtig
20.-25.3.58:	Bundestagsdebatte um Atombewaffnung der Bundeswehr. Mehrheit der Regierungsparteien dafür, SPD dagegen	seit Sept. 58:	nur noch laue verbale Unterstützung von KdA durch SPD und DGB, keine Wiederaufnahme der Kundgebungskampagne nach der Sommerpause, nur noch kleinere Informations-Veranstaltungen
23.3.1958:	Auftaktkundgebung der KdA-Kampagne in Frankfurt	Frühjahr 59:	KdA als Massenbewegung flaut ab (insbesondere, weil die SPD sich zurückzieht), Orts- und Landesausschüsse stellen die Arbeit ein
28.3.1958:	Entschließung des DGB-Bundesvorstands begrüßt KdA und sichert Unterstützung zu	seit 1960:	keine Aktivitäten des KdA-Ausschusses mehr, 1968 auch formell aufgelöst
ab April 58:	Bildung von Orts- und Landesausschüssen von KdA, meist initiiert von SPD und/oder DGB	30.6.60:	Rede H. Wehners (SPD) im Bundestag mit Bekenntnis zu Westeinbindung, NATO-Mitgliedschaft und Bundeswehr als Rahmen deutscher Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik

in der "Friedensinitiative Christen in der Region Augsburg" mit. Mein Engagement für den Frieden begann anfangs der fünfziger Jahre, weil ich mich nicht damit abfinden wollte, daß nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem 1949 ergangenen rein pazifistischen Grundgesetz der BRD (Art.4, Abs.3!) die Bundesrepublik wieder gegen den Osten aufgerüstet werden sollte.

Die Ostermarschbewegung entwickelte sich von einem Häufchen Aufrechter zu einer der bedeutendsten außerparlamentarischen Bewegungen - von einer teilnehmerzahl von 1000 im Jahr 1960 bis zu 150 000 im Jahre 1967. Wie erklärst du Dir das?

Auf der einen Seite war in der Bevölkerung die Sorge vor einer atomaren Bewaffnung der

Bundeswehr und die Angst vor einem drohenden Atomkrieg doch sehr verbreitet. Andererseits war es gelungen, auch Kreise, die der Antikriegsbewegung nicht von vornherein nahestanden, wie Gewerkschaften, SPD, kirchliche und bürgerliche Gruppierungen für die OM-Bewegung zu mobilisieren.

Auch in Augsburg fanden Ostermärsche statt. Wer waren die politischen Träger? Welche Probleme gab es? Welche Forderungen wurden aufgestellt? Welche Aktionen wurden durchgeführt?

In Augsburg fand im Mai 1958 die erste Protestkundgebung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr statt. Zu den Initiatoren gehörte u.a. der spätere Oberbürgermeister Wolfgang Pepper und der Arzt Dr. Wilhelm Liebknecht, ein Neffe von Karl Liebknecht.



Hans Maas

Die Bewegung führte erst die Bezeichnung "Kampf dem Atomtod" und später "Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung". Sie wurde von breiten Bevölkerungsschichten aus den verschiedensten politischen Lagern, u.a. auch den Gewerkschaften, getragen. Im März 1963 fand eine Gründungsversammlung des Ortsausschusses Augsburg der OM-Bewegung statt. Schon 1962 hatten sich die Mitglieder der Augsburger Friedensverbände (Internationale der Kriegsdienstgegner und Versöhnungsbund) an einem Ostermarsch beteiligt, der von Maisach aus zum ehem. KZ Dachau führte. Erstmals im Jahre 1963 fand dann ein eigener Ostermarsch

in Augsburg statt, der in drei Tagesetappen von Augsburg nach München ging und dort in einer zentralen Abschlußkundgebung endete. Weitere Ostermärsche wurden dann noch in den Jahren 1964 bis 1969 unternommen.

Warum schloß die Friedensbewegung nach 1967 so schnell ein? Hat sich Dein Engagement trotzdem gelohnt?

Die OM-Bewegung schloß m.E. nach internen Meinungsverschiedenheiten ein, vor allem aber deshalb, weil von den Teilnehmern erwartet wurde, daß von der im Jahre 1969 neu gebildeten sozial-liberalen Regierung eine echte Entspannungspolitik eingeleitet würde. Wer in der Friedensbewegung mitarbeitet, darf sich niemals fragen, ob sich der Einsatz "lohnt". Entscheidend muß die Überzeugung sein, sich auf dem richtigen Weg zu befinden. Im übrigen: Wer wie ich auf mehr als 35 Jahre Friedensarbeit zurückblicken kann, der darf doch mit einiger Befriedigung feststellen, daß sich seither in der Friedensfrage immerhin einiges bewegt hat. Allein schon, wenn man sieht, welcher Bewußtseinswandel sich bei immer mehr Menschen vollzieht, gibt das Anlaß zur Ermutigung.

Siehst Du für die Friedensbewegung heute ein ähnliches Schicksal? Gibt es Unterschiede zur Bewegung der 60er Jahre? Was können wir heute daraus lernen?

Ganz abgesehen davon, daß der Zusammenbruch der OM-Bewegung der 60er Jahre kein Ende der Friedensbewegung schlechthin bedeutete, da ja die einzelnen Friedensverbände weiter bestanden, stehen wir heute doch auf einer viel breiteren Basis wie damals, wie schon bei der vorhergehenden Frage angesprochen. Unerläßlich für Fortschritte in Richtung Frieden und Erhaltung der Umwelt halte ich, daß die verschiedenartigen politischen Gruppierungen, die in der Friedensbewegung zusammenarbeiten, mehr auf das gemeinsame Ziel achten und ideologische Differenzen überwinden lernen. Ebenso wichtig erscheint mir auch, daß immer mehr "Friedensbewegte" - gleich welcher Parteizugehörigkeit - in die Parlamente gewählt werden.

1983 Neu-Ulm

Neu-Ulm war als einer der Stationierungsorte für Pershing-II-Raketen bekannt geworden. Neu-Ulm war deshalb das Ziel mehrerer Ostermärsche aus dem südbayrischen Raum.

Die Augsburger Ostermarschiererinnen und Ostermarschierer trafen sich bereits am Ostersonntag um 8 Uhr 30 am Königsplatz und wanderten dann von Augsburg über Deuringen nach Diedorf. Die Strecke von Diedorf nach Burgau wurde mit der Bahn zurückgelegt. Von Burgau zur Übernachtungsstätte in Ettenbeuren wurde wieder gewandert. Nach einer Busfahrt von Ettenbeuren nach Pfaffenhafen wurde die restliche Wegstrecke gemeinsam mit den Münchnern wieder zu Fuß nach Neu-Ulm zurückgelegt.

Die Hauptforderungen des Ostermarsches waren die Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen Pershing-II und Cruise Missiles und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa.

1984 Augsburg-Donauwörth



Donauwörth mit den dortigen Rüstungsbetrieben war das Ziel des Ostermarsches 1984. Von Augsburg fuhren 182 Friedensfreundinnen und -freunde mit dem Fahrrad nach Donauwörth. Weitere 63 Personen fuhren mit dem Zug zum Ostermarsch nach Donauwörth. An der bis dahin größten Demonstration in Donauwörth beteiligten sich ca. 2000 Menschen. Hauptforderungen beim Ostermarsch waren die Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen ebenso wie die Abrüstung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und ein atomwaffenfreies Europa.

1985 Augsburg - Schwabmünchen

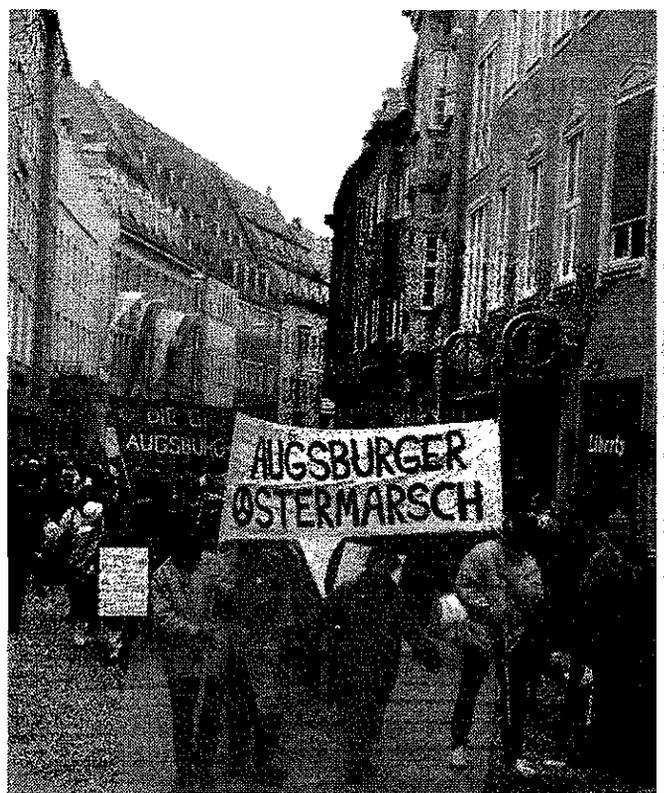
Der Ostermarsch nach Schwabmünchen bestand aus einer Fahrradtour von Augsburg über Königsbrunn, Oberottmarshausen, Kleinaitingen, Graben nach Schwabmünchen und einer Wanderung von Schwabstadt über Klosterlechfeld und Untermeitingen nach Schwabmünchen. Die Radfahrer machten an den einzelnen Orten zu kurzen Kundgebungen zu verschiedenen Themen Halt.

An der gemeinsamen Demonstration in Schwabmünchen beteiligten sich ca 450 Personen.

Gefordert wurden "Stop der Stationierung und Rücknahme von Pershing II und Marschflugkörpern, die Ablehnung aller Angriffsstrategien für die Bundeswehr, Einfrieren und Senken des Rüstungshaushaltes, keine Beteiligung an der Weltraumrüstung".

1986 In Augsburg

Augsburg stellt mit seinen Kasernen und Rüstungsbetrieben ein militärisches Zentrum in Schwaben dar. Mit dem Ostermarsch sollte auf militärische Einrichtungen in Augsburg aufmerksam gemacht werden. Die Auftakt-Kundgebung zum Ostermarsch fand vor dem Kreiswehrersatzamt statt. Von dort bewegte sich ein Fußmarsch am Haus St. Ulrich (Bunker) vorbei durch die Fußgängerzone zum Rathausplatz. Ebenfalls am Kreiswehrersatzamt startete eine Fahrradtour



Augsburger Ostermärsche von 1982 - 89

Die Ostermärsche waren in den 60er Jahren eine bedeutende Aktionsform der Anti-Atomtod-Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Atomwaffentests der Atommächte. Die Friedensbewegung griff Anfang der 80er diese Aktionsform wieder auf. Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) organisierte zusammen mit der Friedensinitiativen in Nordschwaben seit 1982 die Ostermärsche in unserer Region. Nachfolgend werden die Aktionsformen, die Inhalte und Ziele der Ostermärsche von 1982 bis 1989 dargestellt.

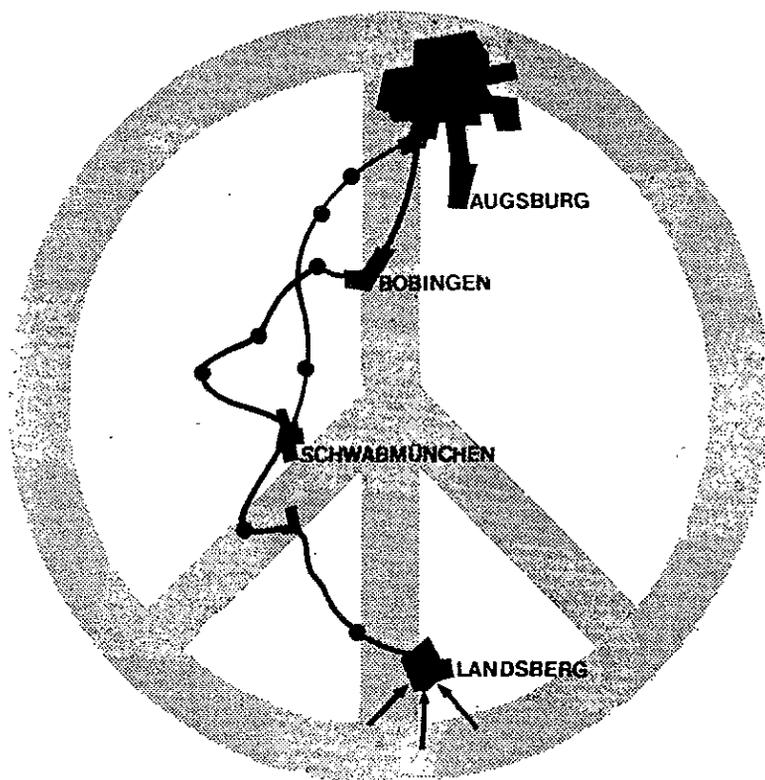
1982 Augsburg - Landsberg

Landsberg kam als bisheriger Stationierungsort von atomaren Pershing Ia - Raketen auch als Stationierungsort für die geplanten Pershing II - Raketen in Frage. Landsberg zählt darüber hinaus noch zu den militärisch am stärksten belasteten Orten in Schwaben. Dieses waren die ausschlaggebenden Argumente den ersten Ostermarsch nach Landsberg durchzuführen. Außer der AFI mobilisierten noch Friedensinitiativen aus Landsberg, Penzberg, Memmingen, Schongau und Kaufbeuren.

Der zweitägige Ostermarsch der AFI bestand aus einer Wanderung und parallel dazu aus einer Fahrradtour. Die Wanderer fuhren mit dem Zug nach Bobingen und gingen zu Fuß von Bobingen über Straßberg, Reinhartshofen, Schwabmünchen, Gennach, Langerringen, Schwabmühlhausen, Großkitzighofen nach Landsberg. Die Radfahrer fuhren von Augsburg über Bergheim, Großaitingen nach Schwabmünchen, wo sie mit den Wanderern zusammentrafen und dann gemeinsam weitermachten. Die Übernachtung war in Gennach.

An der Abschlußkundgebung in Landsberg, bei u.a. Oskar Neumann (Landesvorsitzender der VVN) und Pfarrer Arnold aus Landsberg sprachen, beteiligten sich ca. 1000 Personen.

Hauptforderung des Ostermarsches waren "Keine neuen US-Atomraketen in der Bundesrepublik und anderswo" und "Für ein atomwaffenfreies Europa".



Begleitet waren die Vorbereitungen des Ostermarsches von einer rechtlichen Auseinandersetzung mit der Stadt Landsberg, die die Abschlußkundgebung auf dem zentral gelegenen Georg-Hellmair-Platz verbot und stattdessen einen entlegenen Platz zugewiesen hat. Begründet hatte die Stadt Landsberg das Verbot damit, "daß durch einen Informationsstand vor den Toren der Stadtpfarrkirche die Aufmerksamkeit der Gläubigen abgelenkt und diese in ihrer Andacht gestört worden wären." Da zum Zeitpunkt der Kundgebung keine religiöse Veranstaltung in der Kirche vorgesehen war, bezog sich der vermeintliche Schutz der Stadt Landsberg auf eventuelle Besucher der Kirche am Ostersonntag. Die Stadt Landsberg konstruierte einen Interessengegensatz zwischen Kirchenbesuchern und Friedensbewegung und entschied dann zu Gunsten der Kirchenbesucher. Am Ende des mehrjährigen Rechtsstreit stellte das Bayer. Verwaltungsgericht München fest, daß das Verbot der Stadt Landsberg rechtswidrig war und die Stadt die Kosten des Verfahrens zu tragen hatte.



zum Rathausplatz über Renk, Wittelsbacher Park, Reesekaserne Mahnmahl an der Blauen Kappe und Arbeitsamt. An den genannten Stationen wurden kurze Kundgebungen durchgeführt. Bei der Abschlußkundgebung am Rathausplatz sprachen Fritz Schösser, stellvertr. DGB-Vorsitzender Bayerns, und Dr. Dieter Gabanyi vor ca. 500 Teilnehmern. Stadtrat Sighard Schramm überbrachte die Grußworte der Stadt Augsburg.

Am Ostermontag fuhren mehrere Busse von Augsburg aus nach Wackersdorf zum bayernweiten Ostermarsch gegen die WAA und deren militärische Verwendung.

Forderungen beim Ostermarsch 1986 waren das ernsthafte Eingehen der Bundesrepublik und der NATO auf die östlichen Abrüstungsvorschläge, auf das 3-Stufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000, beiderseitigen Verzicht auf Weltraumwaffen, eine ABC-Waffenfreie Zone in Mitteleuropa, Eingehen der USA auf das einseitige Teststopp-Moratorium der UdSSR, keine Beteiligung an der Militarisierung des Weltraums auch nicht unter dem Deckmantel EUREKA, den Stop der Cruise Missiles Stationierung und den Abbau aller in

Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenwaffen, Kürzung des Rüstungs- statt des Sozialhaushalts, Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion, Verbot von Rüstungsexporten, Ablehnung offensiver Kriegsführungspläne (wie Airland-Battle und FOFA), Maßnahmen zur Völkerverständigung, ein NEIN zur WAA in Wackersdorf und anderswo.

1987 In Augsburg

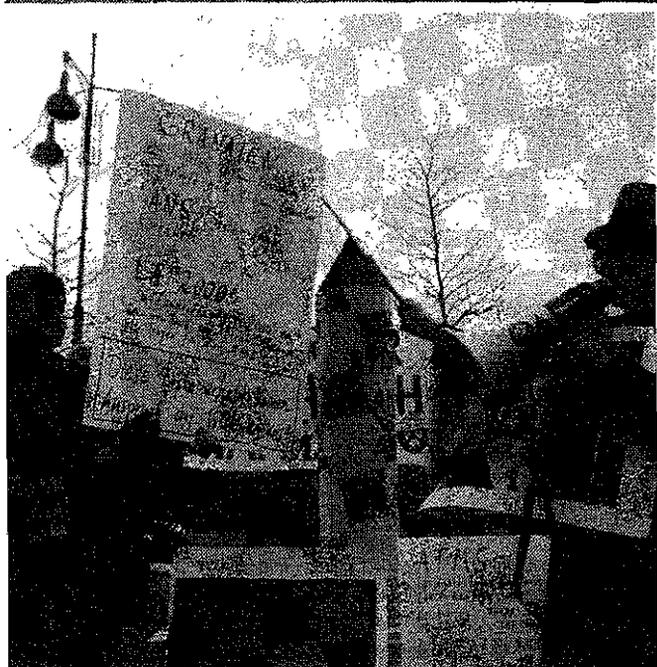
Der Ostermarsch 1987 bestand aus einer Demonstration zu Fuß und einer Radldemo. Die Fußgänger starteten nach einer Auftaktkundgebung an der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus im Westfriedhof. Die Radler trafen sich am Denkmal zur Erinnerung der KZ-Außenlager in Haunstetten und fuhren über MBB, Siemens, Renk, Wittelsbacher Park zum Rathausplatz. Bei der Kundgebung auf dem Rathausplatz sprachen Karl-Heinz Hiesinger und Ursula Schell, sowie Heinz Münzenrieder für die Stadt Augsburg.

Forderungen an die Bundesregierung waren, sich für einen weltweiten Atomteststopp einzusetzen, das SDI-Rahmenabkommen zu kündigen, Abbau der Pershing-II-Raketen und

der Cruise Missiles, den Bau der WAA in Wackersdorf einzustellen, Senkung des Rüstungshaushalts, das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen zu kündigen, Beendigung der inneren Militarisierung der Bundesrepublik, Rüstungsexporte durch geeignete gesetzliche Maßnahmen drastisch einzuschränken, Einsatz der für die Rüstung vorgesehenen Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend in der "Dritten Welt", von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit.

1988 Augsburg - Gablingen

Nach einer Auftaktkundgebung auf dem Königsplatz und einem Umzug in der Fußgängerzone, bei dem sich ca. 300 Menschen beteiligten, startete eine Fahrraddemo nach Gablingen zum Horchposten der NSA. Dort wurde über die militärische Bedeutung der Anlage informiert.



Forderungen des Ostermarsches waren der sofortige Stopp von Manövern mit Pershing und Cruise Missiles sowie der Baumaßnahmen an den Stationierungsorten, keine Nachrüstungsmaßnahmen zur Umgehung des INF-Abkommens, Kündigung des Geheimabkommens zwischen den USA und der BRD über die Beteiligung an SDI, Verhandlungen mit der DDR und der CSSR zur Schaffung atom- und chemiewaffenfreiere Zonen und Europa, Abrüstung auch bei konventionellen Waffen, Senkung des Rüstungshaushalts um 10 % entsprechend der UNO-Forderung, Verbot von Rüstungsexporten einschließlich Nukleartechnologie, Aufnahme des Verzichts auf Atomwaffen ins Grundgesetz.

1989 Augsburg - Derchinger Forst

Nach einer Auftaktkundgebung und Informationsständen am Königsplatz folgte eine Demonstration mit 400 Teilnehmern durch die Fußgängerzone und anschließend eine Fahrraddemo zum geplanten Munitionsde-



pot in den Derchinger Forst. Bei einer Informationsveranstaltung im Derchinger Forst waren ca 300 Personen anwesend. Ein offener Brief an den Verteidigungsminister wurde von 220 Depotgegnern unterzeichnet.

Forderungen 1989: Keine sog. Modernisierung der Kurzstreckenraketen, Kürzung des Rüstungshaushaltes, Verzicht auf den Bau des Jäger 90, Verringerung der Truppenstärke der Bundeswehr, Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, keine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, keine Subventionierung der Rüstungsindustrie mit Steuermitteln, Verbot von Rüstungsexporten, voll-

ständiger Abzug der bei uns gelagerten biologischen und chemischen Waffen.

Rückblickend kann festgestellt werden, daß die Forderungen nach Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen und die Einstellung des Baus der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf erfüllt sind. Viele Forderungen sind noch offen. Die Ostermärsche werden auch in Zukunft eine notwendige Aktion sein, an der sich in Augsburg jährlich mehrere hunderte von Bürgerinnen und Bürgern beteiligten und in Zukunft auch noch beteiligen werden.

Von der

Initiative Augsburger Friedenswochen

zur

Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) ist heute ein bedeutendes friedenspolitisches Bündnis, bei dem regelmäßig acht und bei Aktionen über 20 Augsburger Organisationen und Parteien mitarbeiten. Neben den inzwischen schon traditionellen Aktivitäten wie die Ostermärsche und die Friedenswochen im November organisiert die AFI Informationsstände und Kundgebungen zu aktuellen friedenspolitischen Themen und mobilisiert zu überregionalen Aktionen der bundesweiten Friedensbewegung.

Wie die AFI entstanden ist, welche Arbeitsformen und Prinzipien sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben und welche Probleme bei der Zusammenarbeit entstanden sind, sollen in diesem Beitrag behandelt werden.

Friedensarbeit gab es in Augsburg auch schon vor der Zeit der AFI. Sie wurde von einzelnen Organisationen getragen. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang der DGB mit den traditionellen Veranstaltungen zum Antikriegstag und die DFG-VK mit der wöchent-



lichen Beratung für Kriegsdienstverweigerer. Die damals in Augsburg noch existierende DFU führte Veranstaltungen mit Referenten aus der DDR durch und versuchte damit dem stark vorhandenen Antikommunismus entgegenzuwirken. 1979 entwickelte sich eine Zusammenarbeit von DFG-VK, SDAJ, DFU und den Jungdemokraten. Insider nann-

ten dieses Bündnis "Telefonbündnis", da die insgesamt fünf gemeinsamen Veranstaltungen telefonisch abgesprochen und ohne die ansonsten üblichen Sitzungen am Telefon organisiert wurden. Im Juli 1980 griff der Arbeitskreis Frieden im Schülerreferat des Bischöflichen Jugendamtes Augsburg die Anregung von Aktion Sühnezeichen auf, bundesweit Friedenswochen durchzuführen und lud zu einem Treffen ein, mit dem Ziel auch in Augsburg eine Friedenswoche im November 1980 durchzuführen. 13 Organisationen und Gruppen beteiligten sich an der Vorbereitung von insgesamt 17 Veranstaltungen bei den ersten Augsburger Friedenswochen vom 15. bis 23.11.1980, die ein großer Erfolg waren. Die mitarbeitenden Organisationen waren die Theatergruppe St. Anna, SDAJ, SODZDL, Pax Christi, KLJB, KHG, ESG, Evangelische Jugend, Die Grünen, DFG-VK, BDKJ, AK Frieden und AIM. Sie verstanden sich nicht als Bündnis, sondern als Einzelorganisationen, die zusammen einen gemeinsamen Veranstaltungskalender in Form eines Flugblatts herausgaben und die einzelnen Veranstaltungen terminlich koordinierten. Einen Namen gab es für dieses lockere Bündnis noch nicht. Nach den Friedenswochen war die Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen beendet.

Aktivität löste sich dieses Bündnis jedoch wieder auf, nicht zuletzt auch wegen der schwierigen Zusammenarbeit und des sehr kleinen inhaltlichen Konsens. Aufgrund des Erfolges der Friedenswoche 1980 wurde auch 1981 wieder eine Friedenswoche vorbereitet. Beim neu initiierten Friedenswochen-Bündnis arbeiteten weitere Organisationen an der Vorbereitung mit. Neu hinzugekommen waren die DKP, VVN, AFAK, BI, DJD, Pro Familia und Internationaler Versöhnungsbund. Der Vorbereitungskreis gab sich den Namen "Initiative Augsburger Friedenswochen 1981" und hielt den gemeinsamen politischen Konsens in einer Plattform fest. In der Plattform wurde die Feststellung getroffen, daß "die derzeitigen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf der Welt vielfach einem echten und dauerhaften Frieden im Wege stehen". Und weiter hieß es, "wir sind jedoch davon überzeugt, daß diese (Verhältnisse) nicht endgültig und unveränderbar sind. Der Frieden läßt sich nicht mit Mitteln der Gewalt, der Ungerechtigkeit oder der Diskriminierung Andersdenkender erreichen oder erhalten. Friede, wie wir ihn anstreben, kann nur erreicht werden, wenn latente Konflikte nicht verschleiert, sondern offengelegt und gewaltfrei ausge-



Wie locker das Bündnis war, zeigte sich auch daran, daß im Frühjahr 1981 ein anderes Aktionsbündnis zur Vorbereitung eines alternativen Stadtrundganges in Augsburg und einer Friedensveranstaltung mit Kundgebung in Landsberg entstand, das von der DFG-VK initiiert war und bei dem neben den Grünen auch das Augsburger Komitee gegen Berufsverbote und der Arbeiterbund mitarbeiteten. Nach dieser

tragen werden." Als Ursache für Konflikte wurden die Verteilungskämpfe um die Rohstoff- und Energiereserven der Welt gesehen. In der Plattform wurden auch unsere Grundsätze formuliert. Ein Grundsatz lautete: "Unser Weg darf aber dem Ziel nicht widersprechen. Er zieht aber auch im persönlichen Bereich bestimmte Konsequenzen nach sich. So müssen wir uns auch unserer eigenen Vorurteile ,

Ängste und Hemmungen bewußt werden, die uns daran hindern, offen auf andere Menschen zuzugehen und sie als Gleichberechtigte anzuerkennen." In der Plattform wurde der Rüstungsexport verurteilt sowie die Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen, sofortige Verhandlungen über die Reduzierung von Atomwaffen, Rüstungsexportbeschränkungen und die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion gefordert.

Die Initiative Augsburgischer Friedenswochen einigte sich zwar auf eine gemeinsame inhaltliche Plattform, organisatorisch stellte sie nach wie vor ein lockeres Bündnis dar, das neben den regelmäßigen Treffen keine eigenständige Gremien hatte. Nach der guten Zusam-

merarbeit wurde AFI Mitglied in der nord-schwäbischen Regionalinitiative und im südbayerischen Friedensratschlag. Als oberstes Entscheidungsgremium der AFI wurde das monatliche Plenum bestimmt, bei dem jeder Anwesende mitentscheiden konnte, egal, ob er eine Organisation vertrat oder nichtorganisiert war. Diese Struktur der AFI wurde bis heute beibehalten und hat sich bewährt.

Nachdem auch der DGB und die SPD bei der AFI mitarbeiteten, vereinigte die AFI Organisationen aus dem sozialdemokratischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen, christlichen, pazifistischen und ökologischen Spektren.

Mancher wird sich fragen, ob denn



menarbeit bei der Mobilisation zur Demo am 10.10.81 nach Bonn, zu der aus Augsburg 12 Busse fahren, und bei der Organisation der Friedenswochen 1981, die mit insgesamt 2100 Besuchern als sehr erfolgreich eingeschätzt wurde, bestand nun das Bedürfnis, dieses Bündnis als ständige Einrichtung zu etablieren. Die Initiative Augsburgischer Friedenswochen hatte bereits mit der Organisation der Fahrt zur Demo nach Bonn über die Vorbereitung der Friedenswochen hinaus Aktivitäten entwickelt und plante bereits den Ostermarsch 1982 nach Landsberg. Die Bezeichnung "Initiative Augsburgischer Friedenswochen" war nicht mehr zutreffend und das Bündnis gab sich den Namen "Augsburger Friedensinitiative (AFI)". Permanent arbeitende Arbeitskreise, wie z.B. der Arbeitskreis "Atomwaffenfreie Zone Augsburg", wurden eingerichtet und ein Arbeitsausschuß mit den Referaten Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, interne Kommunikation, interne Koordination und überörtliche Zusammenarbeit eingerichtet. Die

die Zusammenarbeit von Organisationen aus einem so breiten politischen Spektrum nicht auch mit Problemen verbunden ist. In der Anfangszeit der AFI gab es in der Tat Bedenken von Organisationen, in einem Bündnis wie der AFI mitzuarbeiten, bei dem Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und Atheisten mitarbeiten. In klärenden Gesprächen konnten die für die beteiligten Organisationen neue und ungewöhnliche Situation aufgearbeitet, vorhandene Berührungsängste abgebaut und Vorbehalte beseitigt werden. Eine weitere Schwierigkeit war es, eine Organisationsform und eine Arbeitsweise zu finden, bei der Vertreter von Organisationen und Nichtorganisierte gleichberechtigt bei der AFI mitarbeiten konnten. Das monatliche Plenum sowie Arbeitskreise mit konkreter Aufgabenstellung, wie z. B. die Vorbereitung eines Eröffnungsfestes, erwiesen sich als die geeigneten Formen. Ein weiteres Problem war es, den Mittelweg zwischen notwendigem und nötigem organisatorischen Aufwand

zu finden. Der gefundene Mittelweg sieht so aus, daß das AFI-Plenum wie auch der Arbeitsausschuß einmal im Monat tagen und zum AFI-Plenum schriftlich eingeladen wird. Für dringende und kurzfristig einzuberufende Aktivitäten existiert eine Telefonkette, über die die Mitglieder der AFI telefonisch verständigt werden können. Das Problem, daß nur ein relativ kleiner Kreis von aktiven Mitarbeitern vorhanden ist, hat nicht nur die AFI sondern fast jede Organisation.

Im Laufe der Jahre kristallisierten sich Prinzipien bei der Zusammenarbeit in der AFI heraus. Diese Prinzipien sind

- sich nicht in die Angelegenheiten anderer Organisationen einzumischen,
- andere Organisationen in ihrem Anliegen ernstzunehmen und deren Politik zu respektieren (auch wenn man selbst einen anderen Standpunkt vertritt),
- bei gemeinsamen Aktionen andere Organisationen durch eigene Veranstaltungen und Aktionsformen nicht zu verletzen und
- darauf zu achten, daß keine der mitarbeiteten Organisationen benachteiligt oder bevorzugt wird.

Das gemeinsame Ziel der bei der AFI mitarbeitenden Organisationen ist es, neue Rüstungsprojekte zu verhindern und Abrüstung durchzusetzen, um damit die Menschheit vor der Vernichtung zu bewahren und die Voraussetzung der Lösung dringend anstehender sozialer und ökologischer Probleme zu schaffen. Die Einhaltung der Prinzipien und das gemeinsame Ziel ermöglichten es, daß nun schon im 10. Jahr eine effektive friedenspolitische Zu-

sammenarbeit in Augsburg möglich ist.

Abkürzungen

AFAK:	Antifaschistischer Arbeitskreis
AFI:	Augsburger Friedensinitiative
AIM :	Support Group for American Indian Survival
AK Frieden:	Arbeitskreis Frieden im Schülerreferat des Bischöflichen Jugendamtes Augsburg
BDKJ :	Bund deutscher katholischer Jugend
BI:	Bürgerinitiative gegen Atomanlagen
DFG-VK:	Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFU:	Deutsche Friedensunion
DGB:	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJD:	Deutsche Jungdemokraten
DKP:	Deutsche Kommunistische Partei
ESG:	Evangelische Studentengemeinde
KHG:	Katholische Hochschulgemeinde
KLJB:	Katholische Landjugendbewegung
Pax Christi:	Pax Christi der Bistumsstelle Augsburg
SODZDL:	Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
SDAJ:	Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend
VVN:	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

Trefflich

Der Schuß aus einer
115-mm-Feldhaubitze
verhallt nicht spurlos:
er kostet uns 9 000 DM.

Vier Schuß aus dieser
115-mm-Feldhaubitze
feuern einen Lehrer:
sie verpulvern sein Jahresgehalt.

geschichte

in meinen geschichtsbüchern
steht viel
über jene
die meinen vater auf dem
gewissen haben

in meinen geschichtsbüchern
steht nichts

über meinen vater

Sag es weiter

Zeug das Kind
pflanz den Baum
bau das Haus
zerbrich das Gewehr
und
sag es weiter.

10 Jahre Friedenswochen in Augsburg

Ein Kleines Volksbildungsprogramm der Friedensbewegung

Dieses Jahr finden in Augsburg zum zehnten Male Friedenswochen statt. Mit einem anspruchsvollen Programm wird damit ein Jahrzehnt Augsburger Friedenswochen abgerundet. Aus der Vielzahl der Veranstaltungen sind folgende beispielhaft angeführt. Gerhard Zwerenz, der Autor des Buches "Soldaten sind Mörder",

Die Anregung auch in Augsburg Friedenswochen abzuhalten ging 1980 vom Arbeitskreis Frieden im Schülerreferat des Bischöflichen Jugendamtes Augsburg aus. 12 Augsburger Organisationen griffen diese Anregung auf und organisierten vom 15. bis 22. November 1980 insgesamt 15 Veranstaltungen.



wird aus seinem neuesten Buch lesen. Prof. Dr. Theodor Ebert spricht zu "Sozialer Verteidigung". Prof. Wladyslaw Bartoszewski referiert zum Thema "Polen heute eine Chance für Europa". Die Frauenfriedensgruppe versteigert Werke von Augsburger Künstlerinnen zugunsten einer Frauenfriedensgruppe in El Salvador. DFG-VK und die IG-Metall-Jugend zeigen den gemeinsam erstellten Videofilm "Kein Bock auf Bund". Die zehnten Friedenswochen sind ein freudiger Anlaß zum Feiern. Doch neben dem Feiern möchten wir nicht versäumen auf die zurückliegenden neun Friedenswochen zu blicken und uns diese nochmals kurz vergegenwärtigen.

Eröffnet wurde die Friedenswoche mit einem sehr gut besuchten Fest im Barbarasaal. Mit Friedensmessen und -gebeten, Theaterstücken, Kriegsspielzeug-Umtauschaktionen, Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurde das Thema Frieden allgemein in die öffentliche Diskussion gebracht. Es wurden auch spezielle Aspekte wie die Kriegsdienstverweigerung und Soziale Verteidigung angesprochen.

Die Organisatoren der ersten Augsburger Friedenswochen waren: Support Group for American Indian Survival, Arbeitskreis Frieden im Schülerreferat des Bischöflichen Jugendamtes, BDKJ, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte

Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Die Grünen, Evangelische Jugend, Evangelische Studentengemeinde, Katholische Hochschulgemeinde, Katholische Landjugendbewegung, Pax Christi, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und Theatergruppe St. Anna. An den zweiten Friedenswochen vom 6. bis 17 November 1981 beteilig-

10. Augsburger Friedenswochen



Veranstaltungsprogramm
26. Oktober - 29. November '87

Sonntag, 4. 11.
**FRIEDENSFEST
DER AUGSBURGER
FRIEDENSINITIATIVE**

Von 10 bis 18 Uhr im Festzelt am
Kriegsdienstgegnertag, 10. November

Veranstaltungsort: Festzelt am
Kriegsdienstgegnertag, 10. November
10 bis 18 Uhr

ten sich 21 Organisationen, die insgesamt 32 Veranstaltungen organisierten. Themenschwerpunkte waren alternative Verteidigungskonzepte und die Schaffung des Friedens ohne Waffen. Die neu hinzugekommenen Organisationen waren u.a. das Frauenzentrum, die DKP, die Jungdemokraten, der Internationale Versöhnungsbund und die VVN-BdA.

Im Mittelpunkt der Friedenswochen 1982 standen Themen wie Atomwaffenfreie Zone Augsburg, Gewerkschaften und Friedensbewegung, Arbeitsplätze statt Raketen und Perspektiven der Friedensbewegung. Die dritten Friedenswochen im November 1983 begannen mit einem sehr gut besuchte Eröffnungsfest in der Kreßlesmühle. Als besondere Aktion dieser Friedenswochen kann die gemietete Straßenbahn genannt werden, die mit AFI-Plakaten geschmückt einen Tag durch Augsburg fuhr. Im Mittelpunkt der Friedenswochen stand die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles. 1984 wurden die Friedenswochen in den Oktober gelegt. Neu hinzugekommen waren die Gewerkschaften und damit Themen wie "Alternative Produktion" und "Katastrophenmedi-

zin". Vorgestellt wurde auch die neue Militärstrategie Airland-Battle. Die Berliner Compagnie hatte mit dem Theaterstück "Kuba-Krise" einen großen Erfolg. Höhepunkt und zugleich Abschluß der Friedenswochen war eine zentrale Kundgebung in Stuttgart, bei der in und um Stuttgart eine Menschenkette in Form eines großen Peace-Zeichens gebildet wurde. Aus Augsburg beteiligten sich mehrere hundert Teilnehmer am sog. Stern des Südens, wie diese Menschenkette auch genannt wurde.

Das breiteste Angebot mit 38 Veranstaltungen boten die Friedenswochen 1985. In der sehr breiten Themenpalette waren die Themen SDI und Kriegsdienstverweigerung mehrmals vertreten.

SDI, die Militärmacht Sowjetunion, Nicaragua und Kriegsdienstverweigerung waren auch zentrale Themen der Friedenswochen 1986.

Über die Militarisierung in Augsburg wurde 1987 ebenso informiert wie über Michael Lerpcher, der 1940 von den Nazis ermordet wurde, weil er sich weigerte, selbst zu töten. Insgesamt gab es 1987 30 Veranstaltungen während der Friedenswochen.

Mit dem Forum "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" meldete sich 1988 die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen zu Wort. Über die Auswirkungen der Fusion Daimler Benz und MBB wurde ebenso informiert wie über die Möglichkeiten der Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion.

In diesem Beitrag konnten nur einzelne Themen der Friedenswochen von 1980 bis 1987 herausgegriffen und mitwirkende Organisationen genannt werden. Allein alle Veranstaltungen aufzuzählen und alle beteiligten Organisationen zu nennen würde die Hälfte der vorliegenden Broschüre füllen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß bei den zurückliegenden neun Friedenswochen auf insgesamt 220 Veranstaltungen über 11000 Besucher erreicht wurden. Die Friedenswochen haben mit dazu beigetragen, daß das Thema Frieden wieder in die öffentliche Diskussion gerückt wurde und daß heute ein überwiegender Teil unserer Bevölkerung die Verhinderung eines Krieges nicht mehr in der Auf-, sondern in der Abrüstung sieht.

Frauenfriedensgruppe



Augsburg

Am Internationalen Frauentag, 8. März 1984, gründeten wir die Frauenfriedensgruppe (FFG) Augsburg.

Als Kern der Gruppe schlossen sich zwölf Frauen im Alter zwischen 25 und 65 Jahren zusammen, um unabhängig von Parteien und Religionen gegen Militarismus, Rassismus, atomare Bedrohung und die alltägliche Gewalt gegen Frauen Widerstand zu leisten.

Durch Aktionen, Informations- und Solidaritätsveranstaltungen versuchen wir anderen Frauen Mut zu machen, nicht in der Angst vor der drohenden Vernichtung der Erde zu verharren oder diese Angst zu verdrängen, sondern gemeinsam dagegen anzukämpfen.

Einige Beispiele unserer bisherigen Arbeit:

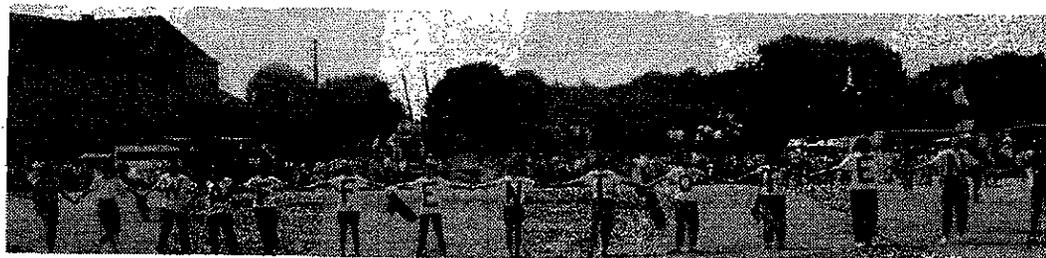
A k t i o n e n

- Unterschriftensammlung zur Dienstpflichtverweigerung Augsburger Frauen mit gemeinsamer Abgabe beim Arbeitsamt am Internationalen Frauentag 1985
- Aufruf an die Frauen amerikanischer Soldaten im Centerville sich ebenfalls gegen Atomwaffentests und Waffenstationierung zu wenden am Internationalen Frauentag 1986
- Protestaktion während der Augsburger Heeresausstellung 1988 auf dem Plärrergelände
- Protestaktion auf einem Militärgelände in Landsberg/Lech anlässlich eines Bunkerfestes mit Tag der offenen Tür 1989
- Unterstützung und Teilnahme an vielen Demonstrationen (WAA, Hunsrück, Mutlangen, Memmingen ect.)
- Redebeiträge und Teilnahme an Ostermärschen
- Teilnahme an der jährlich stattfindenden Augsburger Fraueninformationsbörse

Informations- und Solidaritätsveranstaltungen

- Mädels deine Welt - Frauen im Faschismus
mit Unterstützung von Künstlerinnen des Stadttheaters
- Rüstungsexporte
Referentin: Prof. Eleonore Romberg/Präsidentin der
IFFF - Internationale Frauenliga für Frieden und
Freiheit
- Frauen in Südafrika
Referentin: Lehrerin, die in Südafrika arbeitete
- atomare Waffensysteme in der BRD
Referentin: Christl Kamm
- Stationierungsort Hunsrück
Referentin: Prof. Eleonore Romberg
- Frauenprojekt Nicaragua
Referentin: Petra Schramm
- Kunstauktion zugunsten eines Frauenprojektes in
Nicaragua
gemeinsam mit Augsburger Künstlerinnen

FRAUEN GEGEN WAFFEN UND GEWALT - Frauenfriedensgruppe Augsburg





pax christi
internationale katholische friedensbewegung

Was ist Pax Christi ?

PAX CHRISTI als FRIEDENSBEWEGUNG in der Kath. Kirche wurde am Ende des 2. Weltkrieges in Frankreich gegründet und besteht heute weltweit. Pax Christi will aus dem christlichen Glauben heraus für Versöhnung, internationale Verständigung und zur Überwindung von Feindbildern, Vorurteilen, Krieg und Gewalt beitragen.

Dabei besteht der Friede für uns nicht allein darin, daß kein Krieg ist. Er läßt sich auch nicht durch das Gleichgewicht der Kräfte sichern. Der Friede ist vielmehr ein Werk der Gerechtigkeit. Er umfaßt alles Lebendige und ist nicht begrenzt auf die militärische oder rein persönliche Ebene.

Der Friede zielt in alle Bereiche des persönlichen, sozialen und politischen Lebens.

Die Form unseres Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit

ist die des gewaltfreien Kampfes, wie sie sich biblisch für uns nahelegt. Dabei sind wir getragen von den drei Säulen:

Gebet · Information · Aktion



Wer kann bei Pax Christi mitarbeiten?

Frauen und Männer, denen das Friedensthema ein ernstes Anliegen ist und die sich der Gewaltfreiheit verpflichtet wissen.



33

*Pax Christi - Stand
auf dem Augsburger
Ostermarsch 1986*



Pax Christi in Augsburg

Auf dem Stadtgebiet Augsburg, einschließlich Friedberg, hat sich die Pax Christi Bewegung von Anfang der 80iger Jahre (1 Gruppe) auf 5 Basisgruppen vergrößert. Bald nach der Gründung der AFI arbeiteten Vertreter/innen der Bewegung dort aktiv mit. Mit den anderen Gruppierungen der Friedensbewegung standen die ersten Jahre v.a. im Zeichen des Widerstands gegen die sog. Nachrüstung. Im Laufe der weiteren Jahre wurden die Themenbereiche und Aktionen der einzelnen Pax Christi-Gruppen immer vielfältiger: Sie reichten von der Beschäftigung mit dem Abschreckungskonzept der Nato bis hin zu Konzepten von gewaltfreier Verteidigung, wie der Sozialen Verteidigung, von Gentechnologie und ihrer Bedeutung für die Rüstung, bis zur Müllproblematik, von Friedenserziehung bis zur Asylfrage, von Abbau der Feindbilder bis zu Fragen des Verhältnisses zwischen Juden und Christen.

In dem regelmäßigen Mittragen der Augsburger Friedenswochen, der Ostermärsche und der 3. Weltwochen brachten sich die Gruppen immer wieder durch Gottesdienste und Friedensgebete, durch Vorträge und Podiumsdiskussionen durch Unterstützung von Mahnwachen und Demonstrationen ein: so wurde durch sog. 'Stolpersteine' und durch die Aktion 'Rüstungsaktien' in der Augsburger Fußgängerzone über Jahre immer wieder auf die Problematik der bundesdeutschen Rüstungsexporte aufmerksam gemacht (auch eine Ausstellung zu diesen Themen mitgetragen).

Augsburger Pax Christi Gruppen unterstützten den Widerstand gegen die WAA in Wäckersdorf ebenso, wie sie Misereor-Aktionen vor Ort in ihren Gemeinden durchführen. Einige Gruppen sind stärker in ihrer Gemeinde engagiert, während andere Gruppen mehr auf Stadtebene agieren. Wichtig ist allen, in ihrem Engagement die Spannung zwischen Aktion und Reflexion zwischen Kampf und Kontemplation zu halten.



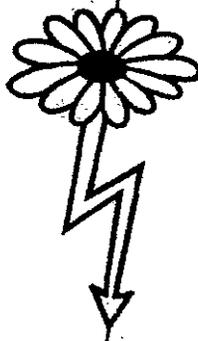
Krieg ist wie Schach: Mit einem eindrucksvollen Schauspiel wollte eine Pax-Christi-Gruppe am Samstag Passanten in der Fußgängerzone nachdenklich machen. AZ-Bild: Anne W.

Nähere Auskünfte über die Bewegung und der Augsburger Gruppen (Augsburg-Süd, Kirchliche Mitarbeiter/innen, Guter Hirte, Wulfertshausen und Lechhausen) erhalten Sie im Büro von Pax Christi, Hl.-Kreuz-Str. 3
8900 Augsburg, Tel. 0821/517751

Blitzblume

ELEKTROWERKSTATT S+B
Selbstverwalteter Betrieb
Meisterbetrieb des Handwerks
Tel. 08 21/41 27 49, Ulmer Str. 16 1/2

Übrigens:
Reparieren geht vor Investieren.
Erzählt es weiter !!!



„Die Werkstatt“

Tipferei + Kunsthandwerk

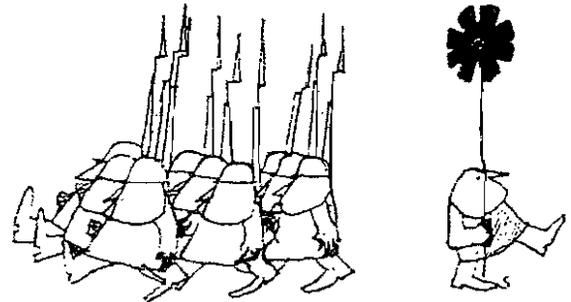
Ulli Weißbeck

Weißbe Gasse 5
unten am Fadenberg
8900 Augsburg

Tel. 08 21 75 35 11



DFG-VK
GRUPPE AUGSBURG



Die DFG-VK arbeitet daran als Teil der weltweiten Friedensbewegung mit, wir sind in der War Resisters International (WRI) und im International Peace Bureau (IPB) vertreten und wir sind als Mitglied der nichtstaatlichen Organisationen (NGO) auch in der UNO.

Nur wenn wir auf allen Ebenen arbeiten, von der kommunalen Ebene bis zur "großen" Politik, können wir unsere Zukunft etwas friedlicher gestalten. Wir versuchen hier in Augsburg, unseren Teil dazu beizutragen, mit Information, mit Protest und mit Widerstand, damit unsere Welt nicht weiter ein Spielball von Militärs, machtbesessenen Politikern und skrupellosen Wirtschaftsbossen bleibt, damit in Ost und West in Zukunft die Falken keine Chance mehr haben. Wir sind keine "Politikmaschinen" sondern einfach Menschen, die sich um ihre Zukunft Sorgen machen und die diese Zukunft aktiv mitgestalten wollen - und die sich deshalb organisieren, weil wir begriffen haben, daß wir nur zusammen etwas erreichen können.

Unser Gruppentreffen ist jeden Donnerstag um 20.00 Uhr im Thing-Filmraum, Vorderer Lech 45; unsere Beratung für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende findet ebenfalls jeden Donnerstag im Thing-Filmraum statt, von 18.00 bis 19.00 Uhr, kommt doch einfach mal vorbei.

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner wurde bereits 1892 gegründet und ist damit die älteste pazifistische Organisation in Deutschland. Die herausragende Bedeutung, die DFG in Kaiserreich und Weimarer Republik hatte, besitzt die DFG-VK in der BRD nicht mehr, aber bundesweit sind immer noch mehr als 10000 Menschen in ihr organisiert. Bündnispolitisch spielt die DFG-VK immer noch eine wichtige Rolle, bundesweit und in Augsburg.

Die Gruppe Augsburg hat 90 Mitglieder und ist neben der Arbeit in der AFI mit eigenen Veranstaltungen und vor allem mit der Beratung von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden aktiv.

Kriegsdienstverweigerung ist für uns nicht nur eine individuelle Gewissensentscheidung sondern auch eine konkrete politische Aussage, sich nicht in den militärischen Apparat einbauen zu lassen.

Wir beschränken uns nicht nur auf "friedensspezifische" Themen, wenn es so etwas geben sollte, sondern wir engagieren uns für Ökologie und gegen Atomenergie, für Toleranz und gegen Neofaschismus bzw. Rechtsextremismus, also für eine humanere, "pazifistische" Umwelt.

Dennoch ist der Krieg das größte Verbrechen an der Menschheit, Krieg und Rüstungswahn sind verantwortlich für viele der katastrophalen Mißstände, die unsere Welt bedrohen. Die Konsequenz muß sein, militaristische Denkstrukturen zu beseitigen.



FRIEDENSINITIATIVE CHRISTEN IN DER REGION AUGSBURG

Wer wir sind und was wir wollen:

Die "Friedensinitiative Christen in der Region Augsburg" besteht seit 1983 als eine ökumenische Arbeitsgruppe des Evang. Bildungswerkes Augsburg e.V. Grundlage unseres Engagements ist die Friedensbotschaft der jüdisch-christlichen Tradition. Wir wollen sensibler machen für die Gefährdungen des Friedens im persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich und die von Jesus Christus aufgezeigte Alternative der Gewaltlosigkeit ernst nehmen.

Seit Bestehen beteiligen wir uns an gewaltfreien Aktionen, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen. Besonders wichtig ist uns das Gebet für den Frieden in Kirchen und auf der Straße, sowie in Meditationen und Fastenaktionen.

Viele Gespräche mit Gleichgesinnten und Andersdenkenden und Kontakte zu anderen Gruppen in Augsburg und in Bayern haben uns deutlich gemacht, daß eine gemeinsame Anstrengung nötig ist, um die Welt aus der Krise zu führen.

Als Mitglied im ökumenischen Netz Bayern arbeiten wir mit allen christlichen Kirchen der Welt an dem Konziliaren Prozeß für GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG.



FRIEDENSINITIATIVE CHRISTEN IN DER REGION



Stationen auf diesem Weg:

- 1986 Aktionstag für Augsburger Projektgruppen
- 1987/88 1. Ökumenisches Schwerpunktseminar mit Abrufprogramm für
Gemeindeveranstaltungen mit dem Kath. Bildungswerk Augsburg
- 1988 Die Erklärung von Stuttgart
- 1989 Europäische Ökumenische Versammlung "Frieden in Gerechtigkeit" in
Basel
- 1989/90 2. Ökumenisches Schwerpunktseminar in Augsburg
- 1990 Weltversammlung für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung" in Seoul.

Treffpunkt: Am 2. Dienstag im Monat im Seminarraum des Bildungswerks, Maximilianstr. 14
Kontaktadresse: Annegret Lamey, Höhenstr. 4 a, 8901 Steppach

In Augsburg, einer Stadt mit traditionsgemäß hohem Anteil an Rüstungsproduktion, haben wir als begleitende Maßnahmen für Abrüstungsbemühungen eine große Verantwortung in Sachen "Rüstungskonversion". Nur wenn es gelingt, durch die Umstellung auf "Friedensproduktion" die Angst vor Arbeitsplatzverlust zu nehmen, können wir die betroffenen Belegschaften tatsächlich als aktive Bündnispartner für konkrete Abrüstungspolitik gewinnen. Beispielhaft und mutmachend sind hierfür die Aktivitäten von Betriebsrat und Vertrauenskörper der Fa. MBB. Sie haben eine bundesweit beachtete Initiative zur Umwandlung von Rüstungsarbeitsplätzen in zivile Fertigung auf den Weg gebracht. Erstes Ergebnis dieser Bemühungen ist es, daß nicht nur die Unternehmensleitung, sondern mittlerweile auch die Stadt Augsburg die gemachten Vorschläge in einem Pilotprojekt unterstützt. Dieser Weg muß auch in anderen Betrieben Nachahmer finden.

IPPNW GRUPPE AUGSBURG



INTERNATIONALE ÄRZTE GEGEN DEN ATOMKRIEG

Zur Verhinderung eines Atomkriegs

Die IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) wurde 1980 gegründet, erhielt 1984 den Friedenspreis der UNESCO und 1985 den Friedensnobelpreis. Weltweit zählt Sie über 150000 Mitglieder aus Israel und Ägypten, aus Polen und Frankreich, aus Schweden, der BRD und der DDR, aus dem USA und der UDSSR und aus rund 30 anderen Ländern.

Die IPPNW versteht es als ihre Pflicht, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. In der Vergangenheit hat die Ärzteschaft erfolgreich im sozialen und politischen Bereich gegen Kinderarbeit, für gesundes Wohnen, für Sicherheit am Arbeitsplatz und ähnliches mehr gekämpft. Heute verpflichtet uns Ärzte der Eid des Hippokrates, den Atomtod der Menschheit und unseres Planeten zu verhindern.

Dies ist nur möglich durch Aufbau wechselseitigen Vertrauens zwischen den Völkern und Abbau der Feindbilder.

Deshalb unsere Forderungen:

- Stop von Atomwaffentests
- genereller Rüstungsstop
- Einstellung der Entwicklung neuer Waffensysteme
- Abrüstung
- Ausstieg aus der Atomenergiepolitik

Die IPPNW-Gruppe Augsburg führte 1988 folgende Veranstaltungen durch:

- Katastrophenmedizin und Zivilschutz (06.07.88) mit Prof. Roland Scholz und Jochen Gester (AFJ)
- Psychiatrie im 3. Reich (26.10.88) mit Prof. v. Cranach, Chefarzt des BKH Kaufbeuren
- Benefizkonzert von "Quadro Saltero" (23.11.88) mit Prof. Borhoeffer
- Mahnwache anlässlich der Heeresausstellung in Augsburg (17.06.88)
- Mahnwache zum Hiroshima-Tag (06.08.88)
- ÖTV-Veranstaltung: Ärztl. Ethik und Friedensarbeit. Die Rolle der IPPNW (Kollege M. Lohnstein; im März 88)
- Teilnahme an der bundesweiten Demonstration der IPPNW an der WAA (01.10.88).

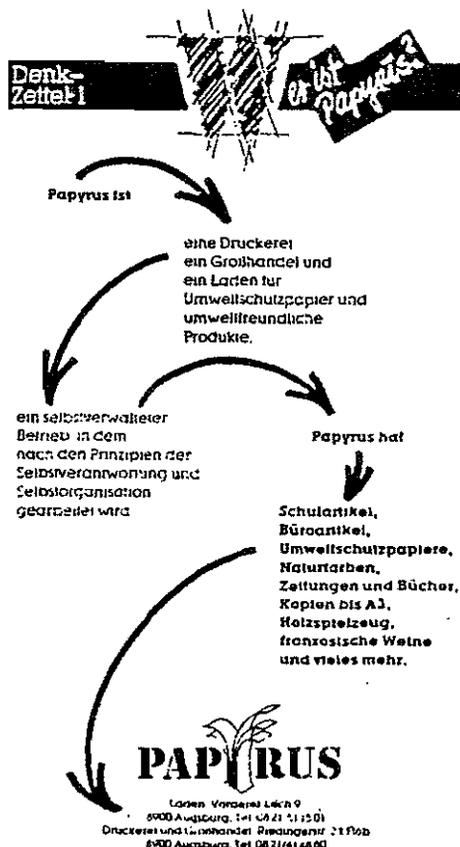
Weitere IPPNW-Termine von 1989:

- 07. - 10.10.89: 9. IPPNW-Weltkongress in Hiroshima/Japan
- Freitag, 24.11.89: Benefizkonzert von Quadro Saltero



**Kleinkunstkneipe
Grauer Adler**

Augsburg, Mittlerer Lech 7, Tel. 15 46 77
Täglich geöffnet von 18—25 Uhr



Stiere

KNEIPE
THEATER
CAFE

täglich geöffnet

KIRCHGASSE 1
8900 AUGSBURG
TEL. 0821/30962

ANTI MILITARISTISCHE WERKSTATT

Entstanden ist die Antimilitaristische Werkstatt aus der Friedensbewegung im Kampf gegen die sog. "Nachrüstung". Bevor die Werkstatt gegründet wurde, arbeiteten wir in verschiedenen Arbeitskreisen der Augsburger Friedensinitiative. Da wir unsere Vorstellungen für antimilitaristische Arbeit bei keiner der bundesweit organisierten Gruppen ausreichend verwirklicht sahen, der Kreis der AFI-Aktivistinnen mit der Zeit jedoch bis auf uns nur aus Delegierten der Gruppen bestand, beschlossen wir die Gründung einer eigenen Gruppe. Wir wollen allen, die linke Friedenspolitik machen wollen, und, aus welchen Gründen auch immer, dies nicht im Rahmen existierender Parteien der Linken tun, Möglichkeit zum Mitmachen bieten.

Dabei sollten unterschiedliche Positionen und Vorstellungen nicht zwanghaft vereinheitlicht werden. Gerade die unterschiedlichen Auffassungen machen politische Arbeit erst lebendig.

Dies spiegelte sich auch in unserer bisherigen Arbeit wider.

Unser Ziel ist, zu aktuell politischen Fragen Antworten zu geben, die helfen, antimilitaristisch tätig zu werden. Hierzu haben wir verschiedene Broschüren erarbeitet, Diskussionsveranstaltungen durchgeführt und Aktionen der örtlichen Friedensbewegung initiiert.

Bei den dafür nötigen Diskussionen geht es bei uns meist kontrovers zu. Dies fand auch Eingang in unsere Publikationen, wo vorhandene Widersprüche nicht geleugnet wurden, sondern unterschiedliche Positionen auch mal offen nebeneinander stehenblieben.

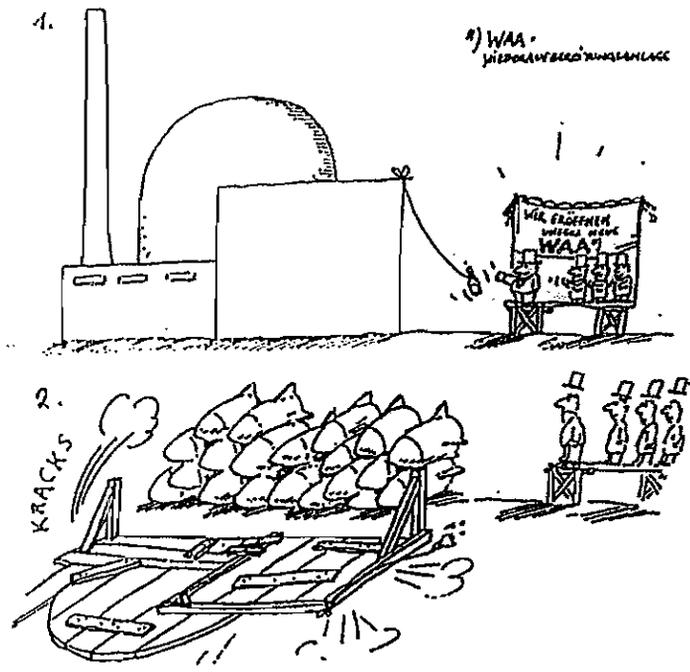
So haben wir unterschiedliche Positionen gehabt bei der Einschätzung des INF-Vertrages und bei der Beurteilung der Politik der Sowjetunion. Das Maß der Übereinstimmung ist jedoch groß genug, um einen gemeinsamen Beitrag zur antimilitaristischen Arbeit leisten zu können. Überhaupt erscheint uns die Bereitschaft Gemeinsames über Trennendes zu stellen angesichts der politischen Entwicklung auf der Rechten als überlebensnotwendig.

Etwas Neues zu erarbeiten ist mit Arbeit und Zeit verbunden. Dies gilt umso mehr, als wir alle berufstätig sind und zumeist auch noch Familie haben. Auch wir müssen feststellen, im Trott geht nichts voran.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Auseinandersetzung mit den Triebkräften für Militarismus und Kriegsgefahr im eigenen Land. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Diese Arbeit wollen wir demnächst damit fortsetzen, daß wir die Rolle des Neofaschismus insbesondere der REPs in diesem Zusammenhang untersuchen wollen.



Mai-1989:
Auf Initiative der Werkstatt findet eine Aktion vor der Deutschen Bank statt. Thema: "Kein Geld für Apartheid"



Arbeitsheft Nr 1:
 "Atombomben made in Germany" Was fehlt der B
 zur Atommacht?

Arbeitsheft Nr 2:
 "Gesetze für den Krieg" Von der Entbehrlichkeit
 mokratischer Rechte und der Allmacht des Staates

Arbeitsheft Nr 3:
 "Schlesien bleibt polnisch!" Die "deutsche Frage" -
 Thema der Friedensbewegung

Arbeitsheft Nr 4:
 "Nulllösung" - Vorgeschichte, Motive, Aussichten

Arbeitsheft Nr 5:
 "25 Jahre deutsch-franz. Zusammenarbeit" Konze
 und Generäle geben den Ton an

"Atombomben made in Germany"
 Was fehlt der Bundesrepublik zur Atommacht?

Arbeitsheft Nr.1
 Herausgeber: Antimilitaristische Werkstatt Augsburg
 V.i.S.d.Pr.: J.Gester, Seefeldler Str.38 8900 Augsburg I

*Die Werkstatt trifft sich monatlich. Wer sich für unsere Arbeit interessiert:
 Kontakt: Jochen Gester, Schloßlestr.25, 8900 Augsburg 22 Tel: 929 78 /abends)*



Traditionsgemäß nimmt die Friedensarbeit im Programm und in der Alltagsarbeit des DGB einen breiten Raum ein. Demgemäß verstand und versteht sich der DGB-Kreis Augsburg von Anfang an als Teil der Augsburger Friedensbewegung. In ihr sehen wir einen wesentlichen Träger und Partner vorwärtstreibender Friedensaktivitäten in unserer Stadt und in unserem Lande.

Als eigenständigen Beitrag zur Friedensdiskussion führt der DGB-Kreis Augsburg seit fast 40 Jahren am 01. September, dem sog. "Anti-Kriegstag" Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch. Genauso am 08. November, dem traditionellen Gedenktag an die sog. "Reichskristallnacht". Zu den wieder aufgelebten Ostermärschen der Friedensbewegung hat der DGB-Kreis Augsburg regelmäßig aufgerufen und sich aktiv daran beteiligt.



Vor dem Hintergrund zunehmender Kürzungen im sozialen Bereich durch die derzeitige CDU/CSU/FDP-Regierung hat der DGB immer wieder auf den Zusammenhang von militärischer Aufrüstung und sozialer Abrüstung hingewiesen. Im Aufruf der DGB-Jugend für den Ostermarsch 1988 hieß es hierzu : "Wichtiger als Waffen sind Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde für jeden Bürger. Nur wer im eigenen Land für Frieden und Sicherheit der Menschen sorgt, ist auch ein glaubwürdiger Partner für internationale Friedensbemühungen." An dieser Feststellung und an diesem Ziel hält der DGB auch in Zukunft fest.

Bund der Antifaschisten Kreis Augsburg

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde, wie in vielen Städten Deutschlands, so auch in Augsburg 1947 die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gegründet, einig im Bestreben, die Wurzeln des Faschismus zu beseitigen und die Erinnerung an das beispielhafte solidarische Handeln der Widerstandskämpfer wachzuhalten.

Wie notwendig dies war, zeigte sich sehr schnell mit und nach der Gründung der BRD, der fehlenden Auseinandersetzung mit dem Faschismus, der Übernahme auch prominenter Nazis in den neuen Staatsapparat (z.B. Globke), der vorzeitigen Freilassung verurteilter Kriegsverbrecher und Sklavenhalter.

Verdrängen und unterdrücken hieß die offizielle Devise in der Behandlung des Antifaschismus. So auch in Augsburg nach 1945. Einerseits erstarkte die Rüstungsindustrie - Widerstandskämpfer dagegen erhielten Rede- und Versammlungsverbot. Der VVN wurde von der Stadt keine Raumbenutzung erlaubt.

Wiedergutmachung - für die meisten Antifaschisten erfolgte sie nicht oder nur als Almosen. Flickkonzern, MBB und andere Grossunternehmen, die KZ-Insassen als Sklavenarbeiter ausbeuteten und vernichteten, schwammen bald in den Millionen der "neuen Deutschen Mark".

In allen anderen europäischen Ländern wurden und werden die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus geehrt und als Vorbilder für politisches Handeln, ja als Maßstab demokratischen Bewußtseins betrachtet. In der neuen BRD dagegen wurden die Widerstandskämpfer bald unerwünschte Mahner, galt es doch denselben Konzernen, die für Hitler rüsteten, die Remilitarisierung durchzuführen.

Trotz des Todes vieler unserer älteren Mitglieder, nicht zu ersetzen ist, erstarkte die deren Erfahrung in der antifaschistischen Bewegung VVN-Bund der Antifaschisten. In der Folge der Auseinandersetzungen zum 40-Jahrestag unserer Befreiung vom Faschismus und Krieg verdoppelten sich allein 1985 unsere Mitgliederzahlen in Augsburg und haben sich bis heute vervierfacht. Das Ziel "200 Mitglieder" ist in greifbare Nähe gerückt.

Gleichzeitig ist unser Einfluß in Gewerkschaften, Parteien und verschiedenen Verbänden gewachsen.

Die Gründe:

Parteigrenzen, lange spaltende Hindernisse wurden in Augsburg zunehmend überwunden.

Auch der persönliche Einsatz vieler Mitglieder, besonders unseres Vorsitzenden Josef Pröll - selbst Kind von Widerstandskämpfern - stärkte unsere Organisation.

Die auflebende Ostermarschbewegung und die Proteste gegen Atombomben und Notstandsgesetze haben einen Umschwung im politischen Bewußtsein eingeläutet. Gleichzeitig konnten wir in der VVN die zunehmende Beteiligung junger Menschen vorwiegend aus Gewerkschaften als Zeichen der wiedererstarkten Solidarität und Kraft des Antifaschismus feststellen.

Gerade die Friedensbewegung - schon immer unterstützt von den Widerstandskämpfern - gab dem antifaschistischen Bewußtsein neue Impulse.

Als logische Konsequenz wurde die VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES zum BUND DER ANTIFASCHISTEN erweitert, für konsequente Demokraten der Nachkriegsgeneration geöffnet.

Der neue alte Rechtsextremismus und Faschismus stellt uns heute wieder besondere Aufgaben: Warnen, Aufklären, Zusammenhänge aufzeigen zwischen der sozialen und politischen Situation der Bundesrepublik und dem verstärkten Neofaschismus.

Wir stehen in der antifaschistischen Tradition des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus. Wir ehren das Andenken der Frauen und Männer des Widerstands und wollen diese geschichtlichen Erfahrungen weitertragen.

Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, der die BRD zum Friedensstaat, zum Staat der antifaschistischen Demokratie und zum Sozialstaat bestimmt. Der Weg dahin verlangt eine starke, gemeinsam handelnde Friedensbewegung, eine einheitliche kampffähige Gewerkschaftsbewegung - mit ihnen verbunden verfechten wir das erste Menschenrecht - das Recht auf Frieden, das Recht auf Arbeit.

**Mitmachen
Mitarbeiten
Mitkämpfen
Mitglied werden**

42



Seit fünf Jahren ist die Augsburger SPD in der AFI vertreten.

Friedensarbeit wurde lange Zeit von der Mehrheit unserer Partei als Politik des militärischen Gleichgewichts verstanden. Dies führte dann zu einer Politik der Aufrüstung und zur Duldung des NATO-Doppelbeschlusses.

Mittlerweile konnten sich in unserer Partei aber diejenigen durchsetzen, die konsequent für eine Abkehr von der Politik der Stärke und für konsequente Abrüstung eintraten. Dieser Umschwung entstand nicht automatisch, sondern vor allem durch solche Kräfte, die sich seit langem auch in der AFI engagieren. Nicht selten standen sie "zwischen den Fronten": in der eigenen Partei wurden sie angegriffen wegen Kritisierens der bis dato geltenden Beschlußlage, bei Veranstaltungen der Friedensbewegung wurden sie belächelt als Vertreter der "Aufrüstungs"-partei SPD.

Oft hätten wir uns gewünscht, daß die Unterschiede zwischen der Arbeit in einer Volkspartei und der in einer Initiative - wo das Ziel, gegen das man sich wendet, von Anfang an klar ist, wo man sich nicht gleichzeitig mit allen anderen Problemen der Tagespolitik beschäftigen muß, wo man sich also nicht tagtäglich für Prioritäten zwischen den zu behandelnden Themen entscheiden muß - besser verstanden würden.

In der SPD wurden die aber immer mehr, die dem NATO-Nachrüstungsbeschluß eine Absage erteilten, die sich aktiv für den Abbau von Feindbildern und Vorurteilen einsetzten. Heute ist Konsens, daß das Kapitel "Frieden in gemeinsamer Sicherheit" im Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms breiten Raum einnimmt. Die Nord-Süd-Politik gehört dazu.

Deutlich wird es an den Ostermarschaufrufen, zu denen die Augsburger SPD seit fünf Jahren mit aufruft. Bedurfte der erste Aufruf noch einiger Diskussion, war der Ostermarschaufruf 1989 selbstverständlich. Beschränkte sich die Teilnahme von SPD'lern am Ostermarsch anfangs auf die, die schon 1979 gegen den Nachrüstungsbeschluß waren, sah man von Jahr zu Jahr mehr. Über Friedenspolitik wurde bei Parteitagen und in Ortsvereinsversammlungen diskutiert, ebenso, wie gerade eine Form kommunaler Friedensarbeit, die Zusammenarbeit mit Condega in Nicaragua, einer Stadt in einem Land anderen Gesellschaftssystems, nicht nur Gegenstand in Ortsvereinsversammlungen war, sondern auch von vielen Ortsvereinen unterstützt wurde. Gerade diese Form kommunaler Friedensarbeit wurde - ohne sensationelle Beschlüsse und ohne spektakuläre Aktionen - von sehr vielen SPD'lern unterstützt, Arbeit "im Kleinen", über die nicht gesprochen wird, ohne die aber manches nie nach Condega gelangt wäre.

Angesichts der eingeschränkten kommunalpolitischen Möglichkeiten (siehe Aufhebung der Erklärungen zur atomwaffenfreien Zone durch die Rechtsaufsichtsbehörden) setzt die Augsburger SPD im kommunalpolitischen Grundsatzprogramm

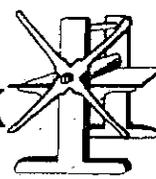
1990 - 1996 im "Friedensteil" die Schwerpunkte auf:

- Erziehung zu Frieden und Antifaschismus in der Schule und Volkshochschule
- Erinnern an die Schrecken des Faschismus, zum Beispiel durch eine Tafel am Rathaus zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus
- Benennen von Straßen und Plätzen nach Menschen, die sich für den Frieden eingesetzt haben, wie zum Beispiel Olof Palme
- Förderung von Kontakten zwischen Augsburger Jugendlichen und denen anderer Länder
- Vertiefung der bestehenden Städtepartnerschaften im Hinblick auf ihre völkerverbindende Idee und Ergänzung der Städtepartnerschaften durch Verbindungen zu Kommunen auch anderer Gesellschaftssysteme. Beides dient dem Abbau von Vorurteilen und Feindbildern
- "Abrüstung" waffenproduzierender Wirtschaftsstrukturen; Förderung der Umstellung von militärischer und zivile Produktion
- Soweit wie möglich Widersetzen gegenüber Maßnahmen, die auf bundespolitischen Maßnahmen beruhen und mit denen Kriegsführung als Möglichkeit politischen Handelns angesehen oder mit denen die Illusion geweckt wird, es gebe ein Überleben im Atomkrieg.



(Petra Schramm)
Stellvertr. Vors.



Druck  laden
Offset · Siebdruck

44

Schroeckstraße 8 · 8900 Augsburg · Tel. 08 21 / 15 80 83

NEUES DENKEN FÜR AUGSBURG - DKP

Die DKP Augsburg ist seit ihrer Gründung (Ende 1968) in der Friedensbewegung aktiv. Unsere ältesten Mitglieder waren im antifaschistischen Widerstand, sammelten Anfang der 50er Jahre Unterschriften für den Stockholmer-Appell, gegen den Atomtod, gegen die Wiederbewaffnung und machten mit in der Ostermarschbewegung der 60er Jahre. Insofern war es eine Selbstverständlichkeit, daß Kommunistinnen und Kommunisten sich in der Friedensbewegung der 70er Jahre engagierten und an ihrem Aufschwung in den 80er Jahren beteiligt waren.

Wir gehen davon aus, daß das Neue Denken, das Abschied-Nehmen von Feindbildern und Hochrüstung, militärische Drohung und Krieg als Mittel der Politik für immer ausschließt. In unserem Lande hat es sich noch immer nicht durchgesetzt. Die Kommunisten der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten aber haben dieses Neue Denken bereits in neue Politik umgesetzt.

Die gewaltigen globalen Probleme der Menschheit, aber auch die sozialen und die kommunalen Probleme unseres Landes und der anderen Länder sind nur zu lösen durch vollständige Abrüstung und enge Zusammenarbeit über die Grenzen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme hinweg.

Die Friedensbewegung sowie die Friedensvorschläge der sozialistischen Länder haben die Chancen für weitere Abrüstungsschritte verbessert. Ihnen gegenüber stehen die Parteien der Bonner Wende-Regierung, der Militär-Industrie-Komplex, die Atommafia - der ganze



Klüngel aus Politik, Militär, Banken und Konzerne, die an der Hochrüstung verdienen und noch größere militärische Macht erstreben.

Es gibt daher noch viel zu tun, bis sich das Neue Denken wirklich durchgesetzt hat. Die Parteigruppen der DKP Augsburg diskutieren auf ihren zweimal im Monat stattfindenden Mitgliederversammlungen politische Fragen, aktuell z.B. im Zusammenhang mit Wahlen und Sozialabbau, wie dem Rechtsradikalismus der Boden entzogen werden kann. Sie diskutieren Themen der Marxistischen Weltanschauung und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Und natürlich auch, welche Aktionen notwendig sind. Die DKP Augsburg gibt eine Zeitung "Der Perlachgucker" und Betriebszeitungen heraus, die von den Mitgliedern verteilt werden.

Wer sich für unsere Arbeit interessiert, wer an Gruppenabenden teilnehmen will, wende sich bitte an Theri Lindner - Telefon 51 96 48 (Kreisbüro der DKP, Klinkerberg 38).



Wir GRÜNE haben eine Utopie! Wir träumen von einer Welt ohne Waffen. Von einer Welt, in der es möglich sein wird, durch Ablösung der Herrschenden zu einer anderen Verteilung der Reichtümer dieser Erde zu kommen.

Wir setzen uns ein für die Auflösung der Militärblöcke in Ost und West; denn die Mittel, die für die irrsinnige Hochrüstung gebunden werden, brauchen wir zum Aufbau einer gerechten Gesellschaftsordnung. Friede, soziale Gerechtigkeit, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und ein Ende der Ausbeutung der Erde gehören zusammen. Frieden kann es nur dann geben, wenn wesentliche Bedingungen zur Durchsetzung einer ökologischen und sozialen Reformpolitik gegeben sind. Der Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang steht jedoch sowohl dem ökologischen Umbau als auch einer gerechten Verteilung der Güter dieser Erde entgegen.

Wir GRÜNEN in der Region Augsburg setzen uns ein für:

- Stopp des Ausbaus und Reduzierung der in der Region Augsburg massiert vorhandenen Atom- und Militäranlagen, vordringlich für:
 - kein neues Munitionsdepot im Derchinger Forst,
 - keine neuen Atombomben und keine neue Tornado-Staffel nach Lagerlechfeld,
- Veröffentlichung der Gefahren, die der Augsburger Zivilbevölkerung durch die hier vorhandenen militärischen Anlagen entstehen,
- Rüstungskonversion, keine Rüstungsexporte,
- Ausstieg aus der Atomtechnologie,
- keine Kriegsspiele der Zivilbehörden,
- Sicherstellung demokratischer Rechte,
- keine "Zur-Schau-Stellung" von Waffen,
- Abbruch der verhängnisvollen militärischen Traditionen, so auch eine Entmilitarisierung des Volkstrauertags,
- aktive Friedensarbeit:
 - mit den Partnerstädten für eine Politik der Abrüstung und Völkerverständigung eintreten,
 - im schulischen Unterricht Friedensarbeit fördern,
 - Förderung von Vereinen, und Organisationen, die Friedensarbeit machen wie VVN, Condega, Partnerschaft 3. Welt u.a.,
 - eine Nord-Süd-bezogene Bildungsarbeit, in der die Ursachen für globale Probleme aufgezeigt werden und in der das Wissen um die Situation und die Lebensbedingungen in den Ländern der sog. 3. Welt vermittelt wird.
- Förderung internationaler Kulturarbeit.

Diese Ziele wollen wir durch Informations- und Aufklärungsarbeit, politische Arbeit (Anträge etc) und Aktionen erreichen. Deshalb beteiligen wir uns an Friedensdemonstrationen und Ostermärschen, an Aktionen und an den Friedenswochen, z.B. in heuer durch unsere Stadtrundfahrt "Augsburg in Krieg und Frieden, geschichtlicher Rückblick und Situation in der Gegenwart" Abfahrt 4.11., 14.00 h Rathaus.

